

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl

am 14.3.2021 in Wiesbaden



Stadtelternbeirat Wiesbaden

Schule und Bildung in Wiesbaden

24.02.2021

Die Pandemie hat die Probleme und Defizite hinsichtlich Schule und Bildung - auch in Wiesbaden – noch deutlicher sichtbar gemacht. Die Kommunen haben eine große Verantwortung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für gutes Lernen. Dies sind insbesondere die Bereiche:

- **Digitalisierung der Schulen**
- **Sanierung der Schulen**
- **Schulentwicklungsplanung / Neubau von Schulen**
- **die Anforderungen an das ‚Lernen im Ganztag‘**
- **die Anforderungen an soziales Lernen, individuelle Förderung, Inklusion und Integration**

- **und aktuell: Schule unter Pandemiebedingungen**

Damit Bildung gelingt, braucht es neben guten Konzepten auch Geld, Geld das nur dann für die Schulen und Bildung zur Verfügung steht, wenn innerhalb des städtischen Haushaltes Prioritäten gesetzt werden.

WIR HABEN DIE PARTEIEN GEFRAGT:

Wenn Sie in Wiesbaden politische Verantwortung tragen, wie setzen Sie die Prioritäten? Wie setzen Sie sich ganz konkret für die Schulen und die Bildungschancen aller Kinder ein?

HIER FINDEN SIE DIE POSITIONEN DER PARTEIEN, DIE UNS GEANTWORTET HABEN:

A) Digitalisierung der Schulen:

Wie stärken Sie personell und finanziell die Unterstützung der Wiesbadener Schulen bei der Digitalisierung?

- beim technischen Support der Schüler*innen, Lehrer*innen und der Schulen allgemein?
- bei der Erstellung altersgruppen- und schulformspezifischer pädagogischer Medienbildungskonzepte?
- bei der Bereitstellung der technischen Infrastruktur für ein leistungsfähiges und zuverlässiges Lernportal und Videokonferenzsystem für alle Schulen?
- beim Ausbau des schulischen WLANs und der Breitbandanbindung?
- bei der Lehrer*innenfortbildung?

Freie Wähler

Wir unterstützen explizit die Digitalisierung der Schulen, der Verwaltung und anderer Bereiche des öffentlichen Lebens wie beispielsweise die Verkehrs- und Energiesteuerung. In Bezug auf die Schulen halten wir es für eine kurzfristig umsetzbare und an vielen Schlüsselstellen zu Verbesserungen führende Maßnahme, das Medienzentrum der Stadt Wiesbaden personell und finanziell auszubauen. Einige der von Ihnen genannten Aufgaben sind Aufgaben des Landes und entziehen sich damit unserem Einfluß.

Bürgerliste Wiesbaden

Wichtig ist uns hier zunächst einmal überhaupt einen Support anzubieten. Es kann nicht sein, dass den Lehrern zwar digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden, diese aber erst von ihnen selbst eingerichtet werden müssen. Wichtig wäre für uns auch Lehrer im Umgang mit digitalen Medien besser zu schulen, damit diese auch ihren Schülern entsprechend helfen können. Hier ist bisher einiges versäumt worden. Dies könnte zum Beispiel mit Hilfe der nun wieder städtischen Gesellschaft Wiwertis geschehen, indem man entsprechende Kurse bzw. Schulungen für Lehrer anbietet.

Auch hier wäre wiederum eine Schulung der Lehrer wichtig. Entsprechende Lehrpläne zu erstellen fällt in die Kompetenz des Bundeslandes Hessen.

Die hardwaretechnische Infrastruktur in den Schulen ist ja bereits schon teilweise vorhanden oder wird im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen in den Schulen eingebaut. Bei Schulneubauten stellt sich die Frage nicht, da die technische Infrastruktur hier ja bereits mit gebaut wird. Die Bereitstellung eines Lernportals bzw. Videokonferenzsystems ist Aufgabe des Landes, dass hier auch bereits aktiv geworden ist.

Wie bereits gesagt ist die Infrastruktur (WLAN) an den Schulen bereits teilweise vorhanden oder wird im Rahmen der Schulsanierungen entsprechend aufgerüstet bzw. bei Neubauten mit eingebaut. Natürlich wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten den weiteren Ausbau unterstützen. Die Stadt kann hier vor allem mit der Bereitstellung weiterer Gelder helfen. Eventuell auch, indem man bei geplanten Sanierungsmaßnahmen den technischen Ausbau, wenn möglich, vorzieht.

Hier könnte die Stadt mit Hilfe von Wiwertis technischen Support leisten. Eventuell gibt es hier Möglichkeiten entsprechende Kurse oder Schulungen für Lehrer anzubieten.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Neben der zur Verfügungstellung der erforderlichen Hardware ist es absolut dringend notwendig, den Schulen auch Systemadministratoren zur Verfügung zu stellen, damit Lehrer und Lehrerinnen aber auch die Schülerschaft bei der Einrichtung und Anwendung und Wartung der Hardware und bei der Nutzung entsprechend begleitet und unterstützt werden. Sowohl die Lehrer und Lehrerinnen wie aber auch die Schülerschaft bedürfen ausreichende Einweisungen und auch Fortbildung um die dementsprechenden digitale Möglichkeiten auch nutzen zu können. Der Ausbau von WLAN und Breitbandanbindung ist unverzüglich umzusetzen .

Bestehende bürokratische Hindernisse bei dem Abruf von finanziellen Mittel aus dem Digitalpakt Schule müssen umgehend beseitigt werden.

SPD

Selbstverständlich bedürfen die vielfältigen digitalen Geräte auch eines technischen und anwenderbezogenen Supports. Deshalb wollen wir die Zahl der IT-Fachkräfte am Medienzentrum mit den wachsenden Aufgaben aus der Umsetzung des Digitalpaktes pro Jahr um 2 Stellen erhöhen (in Summe 10 Stellen bis 2026).

Die Erstellung von Medienbildungskonzepten (differenziert nach Alter und Schulform) nicht Aufgabe des Schulträgers, nichtsdestotrotz unterstützt das Medienzentrum durch vielfältige Angebote die Medienbildung an Schulen und Lehrkräften.

Die Probleme bei der technischen Stabilität zu Beginn des Schuljahres lag dabei nicht an den Serverkapazitäten, sondern an erheblichen Problemen mit der Firewall, diese sind aber jetzt so weit geklärt. Das Land Hessen hat für den Herbst 2021 ein einheitliches Lernportal und Videokonferenzsystem angekündigt. Solange werden wir die bestehenden Lösungen.

Der Digitalpakt der Bundesregierung ist überfällig gewesen und ein wichtiger Erfolg der SPD in Berlin. Für Wiesbaden bedeutet dies in den nächsten Jahren mehr als 20 Millionen Euro zur Digitalisierung der Schulen. Bereits jetzt ist dieser Betrag bereits nahezu vollständig mit Projekten hinterlegt und sogar vom Land Hessen bewilligt. Jetzt geht es in die Umsetzung – von Datenverkabelungen, über W-Lan bis hin zur weiteren Ausstattung mit mobilen Endgeräten. Auch jenseits des Digitalpaktes haben wir die Mittel für den Medienentwicklungsplan aufgestockt und wollen dies auch weiter tun. Konkret um eine Millionen Euro pro Jahr.

Die Lehrer*innenfortbildung ist nicht Aufgabe des Schulträgers. Gleichwohl bietet das Medienzentrum bereits heute Fortbildungsangebote an, dies werden wir auch fortsetzen.

Die Linke/Piraten

Für den Bereich der Digitalisierung sehe ich in der personellen Aufstockung beim Medienzentrum einen wichtigen Schlüssel, damit die Umsetzung des "Digitalpakts" schneller erfolgt und ein guter Support für die Schulen möglich ist. Umfassende Breitbandanbindung ist gegenüber WLAN zu bevorzugen, aus gesundheitlichen wie aus technischen Gründen. Bedauerlich ist, dass die Rathausmehrheit erst kürzlich eine Erhöhung der Mittel abgelehnt hat, mit denen der datenschutzkonforme zuverlässige Betrieb eines Videokonferenzsystems an allen Schulen hätte erfolgen können. Ohne das Land Hessen bzw. das Kultusministerium aus der Verantwortung zu entlassen, sollte die Landeshauptstadt Wiesbaden sich in der Medienbildung und Lehrer*innenfortbildung engagieren. Sie macht das ja auch bei anderen Inhalten wie Inklusion und Umweltschutz.

FDP

Kurzfristig muss die Schulverwaltung vor allem auf die Corona-Pandemie reagieren. Dass nach einem Jahr Pandemie immer noch Videokonferenzen abbrechen, zeigt wie stiefmütterlich die Digitalisierung des Bildungssystems immer noch behandelt wird. Hier muss sofort nachgesteuert werden, auch von städtischer Seite. Zügig müssen alle Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Der Plan des Magistrats, bedürftigen Kindern ein Leihangebot zu unterbreiten, reicht nicht aus. Unter diesem Vorgehen werden viele Kinder leiden, deren Eltern sich nicht ohne weiteres ein Tablet leisten können. Da das digitale Endgerät zukünftig elementarer Teil des Schulunterrichts werden soll, ist es auch vernünftig alle Schülerinnen und Schüler von staatlicher Seite aus mit den gleichen Geräten auszustatten. Dazu stehen wir. Nur so können wir im Zeitalter der Digitalisierung Bildungsgerechtigkeit erreichen. In einer Zeit, in der die Lebenschancen der Kinder besonders von ihren digitalen Kompetenzen abhängen werden, muss die Stadt gewährleisten, dass digitale Erfahrungen nicht nur von gutgestellten Kindern gemacht werden.

Die Freien Demokraten wollen für die Betreuung der digitalen Endgeräte und der dafür benötigten Infrastruktur IT-Hausmeister einstellen, die sich um den technischen Support kümmern. Diese Personen können entweder beim Medienzentrum oder beim städtischen IT Dienstleister Wivertis angestellt werden. Damit lassen wir Technikprofis ans Werk und entlasten die Lehrer:innen, die diese Aufgaben bisher nebenbei erfüllen mussten. Dabei muss der IT-Support so ausgestaltet werden, dass kleinere Probleme während der Schulzeit sofort behoben werden können (z.B. über eine Fernwartung).

Wir haben bereits in den letzten Haushaltsberatungen vorgeschlagen, dass die Stadt bei der Medien- und Digitalbildung eigene, mutige Wege beschreiten soll, u.a. durch eine Konzept, dass die ein langsames Heranführen an MINT- und Digitalisierungsthemen bereits in der frühkindlichen Bildung vorsieht.

Solange das Land nicht in der Lage ist, eine eigene digitale Infrastruktur bereitzustellen, soll unserer Meinung nach die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Die peinlichen Zusammenbrüche des Systems BigBlueButton zeigen, dass die Stadt auch nach einem Jahr wenig gelernt hat. Wir fordern, dass die Stadt Server in der EU anmietet, um allen Schulen BigBlueButton mit einer stabilen Verbindung anbieten zu können.

Die Mittel aus dem Digitalpakt wollen wir so schnell wie möglich umsetzen. Leider beantragt die Stadt die Mittel zwar schnell, verbaut sie aber nur langsam. Schon jetzt befinden wir uns deutlich hinter dem im Frühjahr 2020 verkündeten Zeitplan. Alle Schulen müssen so schnell wie möglich einen Gigabit-Anschluss und ein flächendeckendes WLAN erhalten. Dort wo eine Breitbandanbindung erst mittelfristig umgesetzt werden kann, soll kurzfristig eine Anbindung über leistungsstarke LTE-Modems geprüft werden, die in anderen europäischen Ländern schon erfolgreich umgesetzt wird.

Die Lehrer:innenfortbildung ist maßgeblich Aufgabe des Landes. Wir wollen jedoch die Volkshochschule in die Lage versetzen, Digitalisierungsschulungen für Funktionsträger in Vereinen oder Kulturinstitutionen anzubieten. Sollte hier ein Bedarf für manchen Lehrer:innen bestehen, wäre eine Ausweitung zu prüfen.

Volt

Die Bereitstellung von genügend IT-Fachleuten für Schulen ist aufgrund der zu geringen Zahl an verfügbaren IT Fachkräften ein großes Problem. Wir sind der Überzeugung, dass

durch eine zentrale Betreuung, z.B. über den stadteigenen Dienstleister (Wivertis, WiTCOM, WieS@N), ein einheitlicher Support für alle Schulen bereitgestellt werden kann.

Darüber hinaus finden wir die an manchen Schulen bereits praktizierte Idee von Helpdesks die von Schülern und Lehrern der Informatik-AG's o.ä. betrieben werden gut. Dies gibt IT-affinen Jugendlichen die Möglichkeit ihre Fähigkeiten positiv in die Schule einzubringen und hilft gleichzeitig beim Aufbau von Sozialkompetenzen.

Gute Konzepte leben von einer engen Kooperation zwischen Lehrenden und „Digital Natives“. Wir möchten einen engen Austausch zwischen der IT Branche und den Lehrenden herstellen um so die Erarbeitung kreativer Konzepte zu ermöglichen.

Auch hier sind wir der Meinung, dass durch einen zentralen Dienstleister auf Seiten der Stadt eine bessere Betreuung der IT-Infrastruktur erreicht werden kann. Auch hier wären u.E. Wivertis und WiTCOM als zentrale Dienstleister denkbar. Auch das Team von WieS@N sollte hier eingebunden werden.

Die Installation von WLAN in allen Klassenzimmern muss unser Ziel sein. Hierfür müssen genügend Mittel im städtischen Haushalt vorgesehen werden. Die Umsetzung und Betreuung sollte auch hier durch zentrale städtische Dienstleister erfolgen.

Ein umfassendes Schulungsprogramm für Lehrer*innen muss sowohl den Umgang mit digitalen Endgeräten als auch den sich ändernden Unterrichtsformen umfassen. Aufgrund der Dynamik im Hard- und Softwarebereich reicht es dabei nicht aus, einmalig Schulungen durchzuführen, sondern Lehrkräfte müssen zumindest jährlich zu aktuellen Entwicklungen geschult werden.

Generell sehen wir die im Digitalpakt vorgesehenen Maßnahmen als einen guten Startpunkt an, auf dem mit weiteren kreativen Ansätzen aufgebaut werden kann.

Bündnis 90/Die Grünen

Digitale Mündigkeit gilt heute neben Lesen, Schreiben und Rechnen als vierte Kernkompetenz. Wir unterstützen die Anbindung aller Wiesbadener Schulen ans (Glasfaser-)Netz bis zum Ende des Jahres 21. Und wir setzen uns landesweit für eine bessere Lehrerversorgung ein.

Bereits im letzten Herbst wurden mehr als 6.000 iPads bestellt, die fast vollständig ausgeliefert wurden. Als nächstes werden 900 Laptops bereitgestellt. Finanziert wurde dies aus Mitteln des Digitalpaktes.

Der technische Support der Schulen wird in Wiesbaden durch das Medienzentrum erbracht. Wir fordern eine bessere Finanzierung des Medienzentrums. Wir wollen das Medienzentrum der Stadt Wiesbaden zu einem "MediaLab" weiterentwickeln, in dem experimentiert, ausprobiert und erfahrungsorientiert gelernt und weitergebildet werden kann.

Beim Medienzentrum liegt auch ein erster Ansatz für Erstellung altersgruppen- und schulformspezifischer pädagogischer Medienbildungskonzepte. Im Übrigen ist hier das Land bzw. sind die Universitäten gefragt. Wir stimmen Ihnen zu, dass hier die konzeptionelle Arbeit hinter den Anforderungen zurückliegt.

Technische Infrastruktur: siehe oben, die Wiesbadener Schulen kommen dieses Jahr ans Netz. Die Arbeit an den Lernportalen etc. läuft, liegen aber weit hinter den Anforderungen zurück. Zuständig ist hier der Kultusminister Dr. Lorz (CDU). Unabhängig davon hat die Stadt Wiesbaden den Schulen ein leistungsfähiges Videokonferenzsystem angeboten (BBB).

Zusätzlich wurde zu Beginn des Projektes ein Cloudspeicher zur Verfügung gestellt. Diese Systeme laufen auf eigenen Servern des Schulträgers.

In den Schulen werde weitere BB Systeme genutzt:

Anfängliche Probleme bei der Benutzung (Firewall) sind mittlerweile behoben.

Das Land Hessen hat angekündigt zum August 2021 ein leistungsfähiges Videokonferenzsystem für alle Schulen bereit zu stellen.

WLAN: bei allen Sanierungen und Schulneubauten werden die technischen Voraussetzungen für W-Lan Anschlüsse geschaffen. Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau der WLAN-Möglichkeiten, nicht nur für die Schulen.

LehrerInnen-Fortbildung: Hier ist viel Arbeit nötig, die nur in einem kleinen Bereich über das Medienzentrum erfolgt, liegt aber hauptsächlich in der Verantwortung des Kultusministers.

CDU

Für die CDU ist das grundsätzlich ein wichtiges Thema. Die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler liegt der CDU sehr am Herzen. Wir freuen uns, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden in diesem Bereich bereits tätig geworden ist.

Dabei unterstützt das Land Hessen die Landeshauptstadt Wiesbaden mit 18,6 Mio. Euro aus Mitteln des kommunalen Investitionsprogramms des Landes Hessen (KIP II). Damit war es möglich, alle gestellten Förderungsanträge der Stadt Wiesbaden positiv zu bescheiden. Durch diese Hilfe des Landes kann die Digitalisierung der Wiesbadener Schulen stärker vorangetrieben werden.

Die Umsetzung des Digitalpakts steht nun im Fokus der Wiesbadener Schulpolitik. Neben der Ausgabe der 6.165 bestellten iPads sollen an Ostern die ersten Schulen neue Netzwerkverkabelungen erhalten. Auch die ersten 300 von insgesamt 900 bestellten Laptops konnten zwischenzeitlich ausgeliefert werden. Der Rest soll noch in diesem Monat folgen und anschließend an Schülerinnen und Schüler ausgegeben werden.

Das Wiesbadener Medienzentrum sowie viele Schulen selbst haben hier bereits hervorragende Arbeit geleistet, um den Schülerinnen und Schüler bereits eingerichtete Laptops zur Verfügung stellen zu können.

Für den technischen Support der Lehrerinnen und Lehrer ist weiterhin das Land Hessen zuständig und tätig, um die Erreichung des übergeordneten Ziels weiter zu unterstützen.

In der Landeshauptstadt Wiesbaden werden die Schulen weiterhin durch das Medienzentrum unterstützt. Für die Umsetzung des aktuell notwendigen Distanzunterrichtes sind verschiedene Videokonferenzsysteme implementiert worden, die den Unterricht zu Hause sinnvoll unterstützen. Fehler werden kontinuierlich vom IT-Support behoben, damit das übergeordnete Ziel – das reibungslose Durchführen von Distanzunterricht – verfolgt werden kann. Durch die zusätzlich bereit gestellten Fördermittel durch das Land Hessen wird es nun möglich sein, die Anbindung sowie die Ausstattung mit flächendeckendem WLAN in den Schulen deutlich zu verbessern. Dieses Vorgehen wird von der CDU weiterhin unterstützt.

Die CDU begrüßt den Ausbau des schulischen WLANs und der Breitbandanbindung weiterhin. Durch die zusätzlich bereit gestellten Fördermittel durch das Land Hessen wird es nun möglich sein, die Anbindung sowie die Ausstattung mit flächendeckendem WLAN in den Schulen deutlich zu verbessern. In Wiesbaden hat das Medienzentrum beispielsweise leistungsstärkere Firewalls installiert, die Schulen werden durch die Stadt mit leistungsfähigem WLAN ausgestattet.

Die CDU begrüßt das Engagement und die Unterstützung des Landes Hessen bei der Durchführung von Lehrerinnen- und Lehrerfortbildungen. Das Land Hessen bietet den

Lehrkräften mittels Lehrkräfteakademie Fortbildungsangebote an. Die Staatlichen Schulämter verfügen in der Regel über Fachberater, die mit der nötigen Expertise bei Bedarf an den Schulen unterstützend agieren können. Eine Vielzahl der Schulen im Bereich Wiesbadens haben bereits pädagogische Tage zum Thema „Digitalisierung“ durchgeführt.

B) Schulsanierung:

Welchen Stellenwert hat die Sanierung und Instandhaltung der Wiesbadener Schulen für Sie?

- Unterstützen Sie die langfristige Festschreibung einer Summe im Wiesbadener

Doppelhaushalt für die Sanierung und Instandhaltung von Schulen?

- Wie stehen Sie zur Verwendung eines Teils der städtischen Rücklagen für Investitionen in Wiesbadener Schulen?

- Wie könnten Ihrer Meinung nach die baulichen Mängeln (inkl. Schadstoffe) an Schulen systematisch erfasst und die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen vorangetrieben und nachgehalten werden?

Freie Wähler

Die Sanierung und Instandhaltung der Wiesbadener Schulen hat für uns einen erheblichen Stellenwert! Bildung und Teilhabe sind in unserem Programm wichtige Eckpunkte, da wir überzeugt sind, dass diese beiden Faktoren mittel- und langfristig zur Steigerung der Zufriedenheit der Wiesbadener Bürger:innen beitragen. Es kann nicht sein, dass z.B. Kinder den ganzen Vormittag einhalten müssen, weil die Schultoiletten noch nicht mal den niedrigsten Standards an Sauberkeit und Technik entsprechen oder Fenster nicht zu öffnen sind.

Bürgerliste Wiesbaden

Die Sanierung und Instandhaltung von Schulen hat für uns einen sehr hohen Stellenwert. Ohne funktionierende Schulinfrastruktur leidet die Bildung.

Sicher muss man Mittel für die Sanierung, wenn möglich, langfristig festschreiben. Viele Sanierungsprojekte können ja auch nicht kurzfristig umgesetzt werden.

In der derzeitigen Pandemiesituation sind wir sehr vorsichtig damit auf die Rücklagen der Stadt zuzugreifen. Derzeit steht Wiesbaden finanziell noch vergleichsweise gut da aber niemand weiß, wie sich die Situation in den kommenden Monaten weiter entwickelt. Häufig fehlt es ja auch nicht an Geld, sondern an Firmen, die die Maßnahmen zeitnah umsetzen können. Auf die Entwicklung im Bausektor kann die Stadt allerdings nur bedingt Einfluss nehmen.

Bauliche Mängel werden ja bereits erfasst und Stück für Stück abgearbeitet. Dass man nicht alle Mängel gleichzeitig beheben kann sollte jedem klar sein. Bei akuten Mängeln kann man die Behebung derselben natürlich vorziehen. Wir sollten natürlich dafür sorgen, dass die entsprechenden Mittel im Haushalt vorhanden sind.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Eine langfristige Festschreibung des erforderlichen Finanzierungsvolumens im Doppelhaushalt ist unabdingbar. Eine Verwendung von Rücklagen für Investitionen steht immer unter dem Vorbehalt, dass die Landesregierung den Haushalt der Stadt Wiesbaden genehmigen muss.

Laut dem Bündnis für Schulsanierung gibt es an Wiesbadener Schulen derzeit und immer noch einen Sanierungsstau von mindestens 400 Millionen Euro. Für die reine Erhaltung der Gebäude werden pro Jahr schon mindestens 20 Millionen Euro benötigt. Demgegenüber

steht das städtische Gesamtpaket von 27,7 Millionen für zwei Jahre im Haushalt 2020/21. Der Investitionsetat muss hier deutlich erhöht werden.

Wiesbaden braucht, analog zum Integrations- und Pensionsfond, einen zweckgebundenen Bildungsfond, in den Kommunen und Land gleichermaßen einzahlen. So können unsere Schulen aus einem bestehenden „Topf“ heraus saniert werden. Wir brauchen in Wiesbaden ein echtes Bündnis für Bildung.

SPD

Der Bericht des Schulamtes zur Umfang der Schulsanierungen zeigt eindrucksvoll: In den vergangenen drei Jahren wurden größere Maßnahmen im Volumen von knapp 120 Mio. Euro an Neubauten und Großsanierungen umgesetzt bzw. begonnen. In der Planungsphase bzw. kurz vor Bauausführung befinden sich Projekte in einem Volumen von etwa 230 Mio. Euro.

Es wurde also vieles umgesetzt und angestoßen, dennoch bleibt noch viel zu tun. Die Mittel, die für Instandhaltungen in den Großbereichen Turnhallen, WC-Sanierung, Akkustik, Dachsanierung, Fenster und Heizung ausgegeben wurden, sind von 1, Mio. Euro (2018) auf 12,5 Mio. Euro (2019) und 10,7 Mio. Euro (2020) angestiegen. Dieses Tempo wollen wir nicht nur beibehalten, sondern noch weiter steigern.

Die Instandhaltungsmittel sollen auf 20 Mio. Euro pro Jahr steigen. Die Verwaltung ist in der Lage, solche Beträge umzusetzen. Der Betrag soll dabei fest im Haushalt verankert werden. Damit wollen wir vermeiden, dass die Instandhaltungsmittel Schule alle zwei Jahre neu verhandelt werden müssen. Ferner wollen wir dafür sorgen, dass die Schönheitsreparaturen durch die Eltern in Zukunft der Vergangenheit angehören. Dies ist schlicht Aufgabe des Schulträgers.

Für Neubauten wollen wir Projekte im Volumen von 500 Mio.€ in den nächsten zehn Jahren auf den Weg bringen.

Gerne würden wir für Schulbaumaßnahmen auch auf die Rücklagen der Stadt zurückgreifen. Dies lässt die Kommunalaufsicht unter Verweis auf die Schuldenbremse nicht zu, insbesondere bei Investitionsmitteln wird sehr deutlich auf „Netto-Neuverschuldung Null“ verwiesen. Wir halten dies für falsch, denn wir hinterlassen der nächsten Generation dann marode Infrastruktur. Im Rahmen des Ergebnishaushaltes (wichtig für Instandhaltung) haben wir in den letzten Jahren zumindest in der Planung eines Defizits den Zugriff auf Rücklagen eingeplant. Eine trennscharfe Abgrenzung nach Fachbereichen ist dabei aber nicht möglich – der Schulbau könnte noch in den durch Einnahmen gedeckten Teil des Budgets liegen oder eben nicht. In jedem Fall hat das zusätzliche Spielräume geschaffen. Aber auch hier ist kein weiteres Entgegenkommen der Kommunalaufsicht zu erwarten, die perspektivische Planung erwartet auch dort jeweils einen mittelfristigen Haushaltsausgleich. Um es klar zu sagen: wir könnten uns diese Verwendung vorstellen, die beim Land Hessen liegende Kommunalaufsicht lässt dies aber nicht zu.

Die derzeit in der Umsetzung befindliche digitale Gebäudeverwaltung (CAFM) bietet die Chance, die Mängel an städtischen Gebäuden – und insbesondere den Schulen – systematisch zu erfassen und zu nutzen. Dazu gehören auch Schadstoffbelastungen. Derzeit befindet sich das Projekt in der Umsetzung, es werden die Gebäude und der jeweilige Gebäudezustand erfasst. Daraus soll nicht nur eine neue Schulbauliste erarbeitet werden, sondern auch ein den einzelnen Schulen zugeordneter Instandhaltungsbedarf, der wiederum Einfluss auf das Budget haben wird.

Die Linke/Piraten

Seit Jahren fordern wir ein transparentes „Sanierungskataster“. Mit Einführung der digitalen Erfassung versprochen, gibt es dies bis heute leider nicht. Die Schulbauliste war ein Fortschritt. Sie wurde jetzt aber beschränkt auf die laufenden Projekte und die allernächste Zukunft, so dass gar nicht mehr deutlich wird, welche Dimensionen der Sanierungsstau hat. Die „Schonung“ der Rücklagen für die Zukunft, wird als Argument angeführt, sie nicht für Sanierungen von Schulen anzutasten. Dabei steigen die Bau- und Sanierungskosten viel schneller als die Zinsen für die Rücklagen. Verschleppte Sanierungen, z.B. bei maroden

Dächern, Heizungen oder Toiletten produzieren zudem vermeidbare beträchtliche Folgekosten.

FDP

Trotz der Anstrengungen der letzten Jahre schiebt die Stadt immer noch einen immensen Sanierungsstau vor sich her. Diesen weiter abtragen, wird auch in der Zukunft stetig Aufgabe der Politik sein. Angesichts der sich negativ entwickelnden Steuerschätzungen, wird das eine noch schwierigere Aufgabe. Die FDP hat in den letzten Jahren bei allen Haushaltsdebatten deutlich gemacht, dass Investitionen in die Bildungsinfrastruktur von alleroberster Priorität sein müssen. Daran halten wir auch in Zukunft fest.

Für jedes Jahr wollen wir ein Schulbaubudget festlegen, das planvoll und so schnell wie möglich den Sanierungsstau abbaut. Gleichzeitig muss auch für den Erhalt neuer oder saniertes Schulen ausreichend Geld eingeplant werden, damit Reparaturen schnell und bevor weitere Schäden auftreten, ausgeführt werden können. Hierfür soll das Schulbudget beträchtlich erhöht werden, damit solche Arbeiten zukünftig einfach und unbürokratisch von den Schulen selbst in Auftrag gegeben werden können.

Bei allen Schulneubauten und -erweiterungen sind Gemeinschaftsräume schon bei der Planung mitzudenken, damit Schülerinnen und Schüler in Schule – im wahrsten Sinne des Wortes – Raum zur Entfaltung und zum Experimentieren erhalten.

Unterstützen Sie die langfristige Festschreibung einer Summe im Wiesbadener Doppelhaushalt für die Sanierung und Instandhaltung von Schulen?

Ja. Selbst wenn der Sanierungsstau irgendwann abgetragen sein sollte, muss die Substanz ja weiter erhalten werden. Ein Budget - mindestens in Höhe der buchhalterischen Abschreibung des Gebäudes - sollte also vorgesehen werden. Bei den in den letzten Jahren umgesetzten Mietmodellen passiert dies ohnehin, da der Vermieter zum Erhalt verpflichtet ist. Wir wollen außerdem über die bestehenden Schulbudgets hinaus, jeder Schule einen Kleinsanierungstopf zur Verfügung stellen, aus dem kleinere Reparaturen einfach und unbürokratisch von der Schule selbst in Auftrag gegeben werden können.

Wie stehen Sie zur Verwendung eines Teils der städtischen Rücklagen für Investitionen in Wiesbadener Schulen?

Die städtischen Rücklagen sind nicht so umfangreich, dass sie wirkungsvoll für den Schulbau eingesetzt werden können. Das Geld ist grundsätzlich im städtischen Haushalt vorhanden, bisher wurden die Prioritäten einfach falsch gesetzt. Rechenbeispiel. Allein für den Betrag, um den das jährliche Defizit der ESWE Verkehr in der letzten Wahlperiode gestiegen ist, könnte jedes Jahr mindestens eine Schule grundsaniert werden.

Wie könnten Ihrer Meinung nach die baulichen Mängel (inkl. Schadstoffe) an Schulen systematisch erfasst und die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen vorangetrieben und nachgehalten werden kann?

Wir setzen große Hoffnungen auf die Einführung des Computer Aided Facility Management (CAFM), dessen Vollinbetriebnahme sich in den letzten Jahren leider auch immer wieder verzögert hat. Sobald alle Wiesbadener Schulen innerhalb des Systems erfasst sind und somit einen "digitalen Zwilling" haben, können notwendige Sanierungen planvoll angegangen werden.

Volt

Der Abbau und die Vermeidung von Sanierungsstaus in Wiesbadener Schulen hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir begrüßen die derzeit eingeleiteten Baumaßnahmen und möchten uns zukünftig für ein nachhaltiges und transparentes Konzept zur Sanierung und Instandhaltung der Wiesbadener Schulen aussprechen. Dabei möchten wir bei der Konzeption, Planung und Umsetzung von Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen die betroffenen Schulen partizipativ mit einbeziehen und können uns gut vorstellen den Schulen individuelle Budgets zur schnellen und freien Entscheidung zur Verfügung zu stellen.

Ja, wir unterstützen die Festschreibung einer Summe für Sanierungen. Ein Budget für Instandhaltungen soll klar den Wiesbadener Schulen zugeschrieben werden und sich jährlich den aktuellen Rahmenbedingungen anpassen.

Wie stehen Sie zur Verwendung eines Teils der städtischen Rücklagen für Investitionen in Wiesbadener Schulen?

Wir stehen diesem Gedanken positiv gegenüber und möchten uns dafür einsetzen, dass ein Teil der städtischen Rücklagen in Wiesbadener Schulen investiert wird. Mittelfristig muss die Finanzierung jedoch auf stabile Beine gestellt werden und die Rücklagen sollten nur in Sonderfällen angegriffen werden.

Wie könnten Ihrer Meinung nach die baulichen Mängeln (inkl. Schadstoffe) an Schulen systematisch erfasst und die Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen vorangetrieben und nachgehalten werden?

Für eine fachliche Einschätzung fehlt uns hierzu derzeit noch die Expertise.

Bündnis 90/Die Grünen

Sanierung und Instandhaltung der Schulen haben für uns seit langem einen sehr hohen Stellenwert. Seit unserer Regierungsbeteiligung 2017 wurden die Mittel vervierfacht; aktuell wird ein Volumen von 120 Millionen Euro umgesetzt. Neubau und Sanierungen erfolgen unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit und nachhaltiger Bauweise mit schadstofffreien Materialien.

Der Idee, einen Teil der städtischen Rücklagen dafür zu verwenden, stehen wir offen gegenüber. Allerdings müssen hier die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt inklusive der indirekten Auswirkungen über eventuelle Änderungen bei Landes- und Bundesprogrammen, kommunalem Finanzausgleich etc. beachtet werden. Aktuell wird ca. 1/3 der Rücklagen zum Haushaltsausgleich benötigt.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt inklusive der indirekten Folgen über eventuelle Änderungen bei Landes- und Bundesprogrammen, kommunalem Finanzausgleich etc. müssen beachtet werden. Aktuell wird ca. 1/3 der Rücklagen zum Haushaltsausgleich benötigt. Rücklagen sollten für tatsächliche Notlagen verwendet werden, wie es sich in der aktuellen Pandemiesituation gezeigt hat.

Bei Neubauprojekten und Sanierungsmaßnahmen wird gemeinsam mit allen Akteur*innen (Architekt*innen, Stadtplaner*innen, Schulgemeinde) barrierefrei geplant, Schadstoffe werden beseitigt und die Baustandards geben vor, dass keine schadstoffhaltigen Materialien verwendet werden.

CDU

Für die CDU hat die Sanierung und Instandhaltung der Wiesbadener Schulen einen hohen Stellenwert. Die CDU ist der Ansicht, dass Lernen am besten dort gelingt, wo pädagogisch hochqualifizierte Lehrkräfte mit den besten sachlichen und räumlichen Rahmenbedingungen zusammentreffen. Aus diesem Grund strebt die CDU die deutliche Verbesserung der baulichen Zustände der Wiesbadener Schulen an und wird notwendige Sanierungen und die nachhaltige Sanierung von sanitären Anlagen zielorientiert vorantreiben. Die Schulbauliste und die erarbeitete Übersicht der aktuellen Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen sind dabei ein wichtiges Instrument, durch das Planungssicherheit gegeben wird.

Neben den 101 Instandhaltungsmaßnahmen (Fenster austausch, Heizungsprogramm etc.) mit Kosten in Höhe von rund 46,5 Mio. Euro sind für die 46 Investitionsprojekte, wie den Neubau, Anbau und Umbau von Schulgebäuden, 124 Mio. Euro - für die bereits kalkulierten Maßnahmen - und für Sicherheitsmaßnahmen 5 Mio. Euro in der Liste enthalten.

Darüber hinaus wird sich die CDU für eine Task-Force-Schul-WC einsetzen.

Es handelt sich bei der Schulbauliste um einen wichtigen Rahmen für qualitätsvolles Bauen. Nicht unerwähnt soll die gute Zusammenarbeit mit der WiBau GmbH bleiben, durch die die festgesetzten Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden. Die WiBau unterstützt die Landeshauptstadt Wiesbaden beim Neubau des Werkstattgebäudes und Hauptgebäudes der Friedrich-Ebert-Schule. Weiterhin half die WiBau bei der Planung der neuen Groß-Sporthalle der Friedrich-Ebert-Schule und bei der Erweiterung des Berufsschulzentrums der Friedrich-List-Schule. Zudem soll die WiBau nun unterstützend tätig sein bei dem beschlossenen Ausbau des Berufsschulstandort Wiesbadens.

Mit der Schulbauliste sind genau diese langfristigen Planungen vorgenommen worden. Die CDU will an dieser politischen Verabredung festhalten. In der Schulbauliste sind klare Ziele und Vereinbarungen festgesetzt, die über einen Doppelhaushalt hinauswirken.

Mit der Schulbauliste sind langfristigen Planungen vorgenommen worden. Die CDU will an dieser politischen Verabredung auch weiterhin festhalten.

Die Umsetzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen wird durch die Schulbauliste festgesetzt. Der bauliche Zustand, insbesondere die Sanierung und Instandhaltung der Wiesbadener Schulen, sowie die steigende Entwicklung an Schülerinnen und Schülern erfordert, dass die mit dem Haushalt festgesetzten Möglichkeiten genutzt werden. Dabei arbeiten das Schulamt, die WiBau GmbH und das Hochbauamt zusammen, um die Wiesbadener Schulen weiterhin bestmöglich zu sanieren und instand zu halten. Im Jahr 2019 wurde ein Budget (inkl. Überleitung aus Vorjahren) von ca. 47,45 Mio. Euro, für 2020 wurde dieses auf ca. 24,0 Mio. Euro festgesetzt. Die CDU wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die festgesetzten Budgets weitestgehend ausgeschöpft werden und den Wiesbadener Schülerinnen und Schülern zugut kommen. Sollten Restbudgets übrigbleiben, so sollen diese in das nächste Jahr übertragen werden. Durch die kommunalen Investitionsprogramme des Landes Hessen (KIP I und KIP II) konnte die Vergabe von Finanzmittel beschleunigt und dadurch schneller, weitere Maßnahmen umgesetzt werden.

C) Schulentwicklungsplanung / Neubau von Schulen:

- **Wie stellen Sie sich die zukünftige Schullandschaft in Wiesbaden vor? Was ist Ihre ‚Vision‘ für zukunftsfähige Schule für alle Schüler*innen in Wiesbaden?**
- **Werden Sie das Hochbauamt, das Schulamt und die städtischen Gesellschaften personell so ausstatten, dass das erforderliche Bauvolumen geplant und bewältigt werden kann?**
- **Wie stehen Sie zu ‚ÖPP‘- und ‚PPP‘-Modellen im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen?**
- **Wie stehen Sie zu Neubauten weiterer Integrierter Gesamtschulen oder ‚Konzeptschulen‘ in Wiesbaden?**
- **Wie stehen Sie zur Thematik Hauptschulklassen an Realschulen?**

Freie Wähler

Zukunftsfähige Schulen sollten sich an den Bedürfnissen der SuS, der LuL und den erforderlichen Lerninhalten des 21. Jhrs. orientieren. Es sollte eine angenehme, sichere und dem Lernen zuträgliche Atmosphäre herrschen. Digitalisierung, berufliche Fähigkeiten und moralisch/ethische Grundlagen sollten den Lehrplan definieren. Die zuständigen Ämter und Stellen sollten mit der erforderlichen personellen und finanziellen Kapazität ausgestattet werden. ÖPP-Modellen stehen wir durch städtische Erfahrungen etwas kritisch gegenüber, sind aber bei entsprechenden Kontrollmechanismen nicht grundsätzlich abgeneigt. Bei den

Themen "weitere IGS und Hauptschulklassen an Realschulen" überlassen wir die Entscheidungen gerne den kompetenten Stellen.

Bürgerliste Wiesbaden

Schule sollte allen Kindern einen wohnortnah Schulbesuch derjenigen Schulformen ermöglichen, die ihnen die größtmöglichen Förder- und Bildungsmöglichkeiten bietet.

Das Problem ist unserer Meinung nach nicht primär die Ausstattung in den Ämtern, sondern die Verfügbarkeit entsprechender Baufirmen, die die Arbeiten auch zu entsprechenden Preisen im angedachten Zeitrahmen ausführen können. Natürlich werden wir uns bemühen die Ämter, wenn tatsächlich Bedarf besteht auch zeitnah entsprechend auszustatten.

Wir stehen PPP-Modellen grundsätzlich kritisch gegenüber. unserer Meinung nach ist Schulbau eine Aufgabe der Kommune als Schulträger und sollte auch bei der Kommune bleiben.

Das Konzept der Integrierten Gesamtschule halten wir für gut. Schüler können hier ihren Neigungen und Begabungen entsprechend gefördert werden. Insofern werden wir auch den Bau weiterer Integrierter Gesamtschulen in Wiesbaden unterstützen.

Aus unserer Sicht wäre hier die Integrierte Gesamtschule für alle die bessere Wahl. Damit entfällt die frühe Entscheidung für eine Schulform und alle Kinder haben erst mal die gleiche Chance auf Bildung und Förderung.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Wenn man sich Zukunftstrends betrachtet stehen Schulen vor grundlegenden Veränderungen. Diese betreffen die Bildungsinhalte, die Förderung von fächerübergreifenden Kompetenzen, die Bildungsmethoden, die Bewertungsverfahren, die Unterstützung bisher Benachteiligter, die Schulqualität und die Zusammenarbeit mit Eltern und anderen Einrichtungen. Die Bedeutung des Erwerbs von Faktenwissen wird erheblich abnehmen zugunsten der lernmethodischen Fähigkeit, relevante Informationen finden, bewerten und kreativ nutzen zu können, denn nur so wird die Grundlage für lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft gelegt. Aber auch kommunikative, soziale und personale Fähigkeiten müssen in Zukunft verstärkt gefördert werden. So ist ein kompetenzbasiertes Bildungskonzept vonnöten, das auf Schlüsselqualifikationen fokussiert, die im Verlauf des Lebens weiter ausgebaut werden können.

Ferner muss der unterschiedlichen Begabungen besser ausgeschöpft werden - insbesondere das Potenzial von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Schichten: Ferner ist mehr Augenmerk auf hoch begabte Kinder zu legen, die bisher zu häufig nicht bzw. zu spät identifiziert und dementsprechend zu wenig gefördert wurden. Neben entsprechenden Fortbildungen für (Grundschul-) Lehrer müssten hier entsprechende Angebote weiter ausgebaut werden.

ULW: Eine große Schwierigkeit bei der personellen Ausstattung besteht durch den schwierigen Arbeitsmarkt bei Architekten und Bauingenieuren. Hier bedarf es attraktive Personalgewinnungskonzepte, um konkurrenzfähig gegenüber der freien Wirtschaft zu sein.

Grundsätzlich sollte der Schulbau in Wiesbaden unter der Regie der Stadt Wiesbaden erfolgen, da private Gesellschaften immer auch das Ziel der Gewinnmaximierung haben, (Siehe HSK-Kliniken). Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen werden entweder von der Stadt selbst oder der 100% städtischen Gesellschaft WiBau ausgeführt werden.

Vorangetrieben werden muss in jedem Fall den Neubau eines Gymnasiums und die Erweiterung der Wilhelm-Leuschner Gesamtschule in Kastel, um für die AK- Gebiete gute Angebote an weiterführenden Schulen bereitzustellen.

Ein weiterer Ausbau an integrierten Gesamtschulen oder Konzeptschulen, bei denen auch die Oberstufe mit der Möglichkeit des Abiturs führt zu einer breiteren Schülerstruktur (siehe Angebote in Rheinland-Pfalz).

Neue Schulkonzepte wie Verbund oder Konzeptschulen sind grundsätzlich zu unterstützen (siehe auch Schule der Zukunft).

Hauptschulklassen an Realschulen bedeuten eine höhere Durchlässigkeit für alle Schulformen.

SPD

Auch hier ist unsere Aussage klar: der Schulträger (= die Stadt Wiesbaden) ist für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Schulplätzen verantwortlich, maßgeblich für die Wahl der weiterführenden Schule ist in Hessen der Elternwille. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite ausreichend Plätze für jede Schulform bereitstellen müssen, auf der anderen Seite integrierte Systeme, die den Bildungserfolg nachweislich erhöhen, stärken. Wir möchten Ungleiches nicht gleich behandeln, das bedeutet, dass die Schulen, die mit schwierigeren Aufgaben konfrontiert sind, auch mehr Mittel erhalten, als die Schulen, die solche Aufgaben nicht in gleichem Maße bewältigen müssen. Hierzu gehört ein Sozialindex, die Bemühungen um eine Oberstufe, die sich bevorzugt an Schülerinnen und Schüler aus IGSen richtet und auch die Erprobung von Versuchsschulen, etwa Schulen für die Jahrgänge 1-10 oder Verbundschulen (Grund- und weiterführende Schulen), wo die Schulgemeinden diesen Weg mitgehen.

Wir haben in der Wahlperiode das Hochbauamt gestärkt. Dies zeigt sich unter anderem auch in der höheren Ausschöpfung bzw. der Überziehung des Instandhaltungsetats (was uns auch freut!). Sollte es weiteren personellen Anpassungsbedarf geben werden wir diesen in den Haushaltsberatungen berücksichtigen. Die WiBau hat in der gleichen Zeit eine komplette weitere Abteilung aufgebaut, hier besteht also kein personeller Engpass.

Die Baukosten für Grundschulen bzw. weiterführende Schulen liegen mittlerweile bei von 10-50 Millionen Euro pro Projekt, in Einzelfällen sogar darüber. Solange die Schuldenbremse eine Finanzierung von Schulbauten aus dem städtischen Haushalt begrenzt, werden wir weiterhin auf Mietmodelle mit der städtischen WiBau GmbH setzen müssen, wenn wir den Bedarf auch nur im Ansatz zeitnah erfüllen wollen. Die WiBau führt Ihre Gewinne über die Holdingstrukturen an den städtischen Haushalt ab bzw. sie bleiben in einem projektbezogenen Etat als Rücklage erhalten. Vorteil der Mietmodelle ist, dass die Instandhaltung in der Miete enthalten ist und nicht mehr Gegenstand politischer Auseinandersetzung in den Haushaltsberatungen ist. Mietmodelle mit privaten Unternehmen, die nicht oder nur anteilig der Stadt Wiesbaden gehören (PPP), lehnen wir strikt ab, da dabei ein Gewinninteresse geht, was zu Lasten der Leistungen oder zu Lasten der Miethöhe geht.

Wie oben bereits formuliert, können wir uns Verbundschulen und auch Schulversuche gut vorstellen, um das Schulangebot in Wiesbaden zu bereichern und Erfahrungen zu sammeln. Entscheidend ist die Zustimmung zu allen städtischen Planungen durch den Hessischen Kultusminister, der solche Versuche im Rahmen der Schulentwicklungsplanung genehmigen muss. Aus unserer Sicht macht das Wachstum der Stadt perspektivisch den Bau einer weiteren Integrierten Gesamtschule notwendig – eine neue IGS in Bierstadt ist ja bereits Beschlusslage.

Die Einführung von Hauptschulklassen zeigt die ganze Konzeptionslosigkeit hessischer Schulpolitik. Nur weil man Hauptschulen abschafft, schafft man ja nicht die Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang Hauptschule ab. Die bestehenden IGSen sind an der Grenze ihrer Integrationsfähigkeiten angelangt, deshalb erzwingt das dreigliedrige Schulsystem die Einrichtung von Hauptschulklassen an Realschulen in Form verbundener Haupt- und Realschulen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Entwicklung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den betroffenen Schulen aufgefangen wird.

Dank der gemeinsamen Initiative von Schuldezernent Axel Imholz und Sozialdezernent Christoph Manjura, dem politischen Druck der SPD, vor allem aber der guten Arbeit des Amtes für Soziale Arbeit, konnte bereits zum Schuljahresbeginn mit Schulsozialarbeit für Haupt- und Realschüler:innen an der Albrecht-Dürer- und der Gerhart-Hauptmann-Schule begonnen, sowie an der Erich-Kästner-Schule um die Realschüler:innen erweitert werden.

Die Linke/Piraten

Wie in den zurückliegenden 20 Jahren werde ich mich als Stadtverordneter weiterhin dafür einsetzen, dass die in den Haushaltsplänen vorgesehenen Beträge für die Schulen höher sind als dies (schlechte) Tradition ist. Insbesondere angesichts eines mehrere hundert Millionen € umfassenden Sanierungsstaus an Schulen müssen die Beträge höher sein als in der Vergangenheit. Ohne das Bündnis Schulsanierungen mit Stadelternbeirat, GEW, Stadtschüler*innrat u.a. wäre die Situation noch schlechter. Erst durch "außerparlamentarische" Aktivitäten wie Petition, Demonstrationen, Kundgebungen, Ausschussbesuche, "Gammelbilder" (der GEW) im Internet konnte die Aufmerksamkeit für die Erfordernisse an Schulen erhöht und konnten entsprechenden Anträgen in den städtischen Gremien erfolgreich sein.

Selbstverständlich müssen Stadtverordnete auch die Frage beantworten, woher das nötige Geld kommen soll. Dies fällt in einer Kommune mit ganz außergewöhnlich hohen Rücklagen wie Wiesbaden leichter als woanders. Ein erhebliches Einsparpotential gibt es, wenn Aufträge durch die Stadt direkt ausgeführt bzw. gesteuert werden statt durch teure "Mietmodelle", bei denen hohe Geschäftsführergehälter mitzufinanzieren sind, über die sich selbst Amtsleitungen freuen würden.

Auch die regelmäßige Bezuschussung in sechsstelliger Höhe für Veranstaltungen wie dem Ball des Sports, den Ball des Weines u.ä. könnte zugunsten der Bildung unterbleiben und hätte gewiss ebenso eine "Umwegrentabilität".

Wir setzen uns bundes-, landesweit und auch in der Kommune für ein integriertes Schulsystem ein und halten das selektive Schulsystem, das Jahr für Jahr Tausende von "Sitzenbleibern" und vorzeitige Schulabgänge erzeugt, für völlig überholt. Der gymnasiale Bildungsgang an Integrierten Gesamtschulen ist zu stärken, auch durch eigene bzw. besondere Oberstufen, so dass Schulwechsel nach der 10. Klasse und "Quereinstiege" in Gymnasien vermieden werden könnten. Wir sind der Überzeugung, dass dies auch dem Wunsche vieler Eltern entspricht, die ihrem Kind den Weg zum Abitur ebnen möchten. Eine bessere Förderung der IGS würde nicht zuletzt die Gymnasien (und Realschulen) entlasten und könnte Motivationsverluste durch Scheitern reduzieren. Insofern halten wir die Priorisierung im Neubau mehrerer Gymnasien für die falsche Weichenstellung. Der Abstufung von Schüler*innen aus Realschulen (und Gymnasien) sollte nicht durch Wiedereröffnung überholter Hauptschulen oder verbundener Haupt- und Realschulen begegnet werden, sondern durch Förderung der Umwandlung in Integrierte Gesamtschulen, in denen die Leistungsfähigkeit und –bereitschaft der Schüler*innen gefördert werden, um einen möglichst guten Schulabschluss ohne das Trauma des Sitzenbleibens zu erreichen.

Die Steuerung von Schulneubau und Sanierungen durch private Gesellschaften oder gar in deren Eigentum mit jahrezehntelangen hohen Mietbelastungen für die Stadt halten wir für die falsche Alternative gegenüber der Regie in Händen der städtischen Ämter. Deren Personalausstattung muss dringend spürbar erhöht werden statt sich auf Gesellschaften zu verlassen, die zudem aufgrund unzureichender Kontrolle bei Tarifgestaltung oder Vergabe Vorschriften missachten. Eine zukunftsfähige Schule wäre eine Schule mit motivierten Schüler*innen und Lehrer*innen in gesunden Räumen wie sie in anderen Dienstleistungsbereichen Standard sind. Mit modernen Lern- und Lehrmitteln ausgestattet würde eine solche Schule mit ganztägigen Angeboten Bildungsgerechtigkeit fördern und wäre eine anerkannte Einrichtung, offen zur Stadtgesellschaft und insbesondere zu den Menschen in ihrem Umfeld.

FDP

Die Freien Demokraten stehen auch weiterhin zur freien Schulwahl. Immer wieder wird jedoch versucht, die Wahl der Eltern durch die künstliche Verknappung von Plätzen an bestimmten Schulformen einzuschränken. Das lehnen wir ab. Das vielgliedrige Schulsystem lebt davon, dass den Wünschen der Eltern und den Fähigkeiten der Kinder Rechnung

getragen wird. Deswegen muss die Stadt auch für alle Schulformen, ein der Nachfrage angepasste Platzangebot vorhalten.

Das Ganztagsangebot muss weiter ausgebaut werden. Eine Pflicht zur Ganztagschule lehnen wir jedoch sowohl auf kommunaler als auch auf der Landesebene ab.

Die Schulen sollen sich zukünftig stärker differenzieren. Die Profilbildung (z.B. im sprachlichen, künstlerischen oder MINT-Bereich) wollen wir als Stadt nicht nur deutlich stärker fördern, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten auch aktiv einfordern.

Die zukunftsfähige Schule verfügt über eine digitale Infrastruktur, die es den Schüler:innen ermöglicht, Kompetenzen zu erwerben, die sie in der digitalen Lebenswelt von heute und morgen benötigen werden.

Bei allen Schulneubauten und -erweiterungen sind Gemeinschaftsräume schon bei der Planung mitzudenken, damit Schülerinnen und Schüler in Schule – im wahrsten Sinne des Wortes – Raum zur Entfaltung und zum Experimentieren erhalten.

Werden Sie das Hochbauamt, das Schulamt und die städtischen Gesellschaften personell so ausstatten, dass das erforderliche Bauvolumen geplant und bewältigt werden kann?

Ja, allerdings war die Aussage der Regierungsfractionen, den städtischen Stellen fehle es am Personal zur Umsetzung der notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen zu häufig eine Ausrede für zu geringe Baubudgets im städtischen Haushalt. Gerade die städtischen Gesellschaften - die einen Großteil der Projekte in den letzten Jahren umgesetzt haben - können sich relativ einfach die notwendige Personalstärke auf dem "Markt hinzukaufen". Die Personalausstattung hindert die Stadt also nicht daran, Schulen schnell zu sanieren und zu bauen.

Wie stehen Sie zu 'ÖPP'- und 'PPP'-Modellen im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen?

Wir finden solche Modelle aus unterschiedlichen Gründen unterstützenswert. Zum einen strecken diese Modelle die finanziellen Belastungen für die Stadt über einen längeren Zeitraum und ermöglichen so mehr Projekte in kürzerer Zeit. Zudem sind in den Mietverträgen der Erhalt der Bausubstanz und die notwendigen Sanierungen beinhaltet. Dies bedeutet, dass das finanzielle Risiko nicht mehr bei der Stadt liegt, sondern beim Partner, der gleichzeitig ein handfestes Interesse an schnellen Sanierungen hat. Notwendige Maßnahmen werden so nicht über Jahre aufgeschoben (bis die Stadt Geld für die Maßnahme vorsieht), sondern schnell angegangen. Neue Sanierungsstaus können so wirksam vermieden werden.

Wie stehen Sie zu Neubauten weiterer Integrierter Gesamtschulen oder ‚Konzeptschulen‘ in Wiesbaden?

In einer Schullandschaft, die den Eltern Wahlfreiheit gewährt, ist selbstverständlich auch die Eröffnung weiterer IGS (wie jeder anderer Schulform auch) möglich, wenn der Bedarf hierfür besteht.

Wie stehen Sie zur Thematik Hauptschulklassen an Realschulen?

Diese Thematik liegt maßgeblich in der Verantwortung des Landes.

Volt

Bildung sollte so organisiert werden, dass die Bildungskarrieren von Schüler*innen individuell größtmögliche Entwicklungschancen bieten. Gleichzeitig soll Bildung wesentlich dazu beitragen, dass Menschen aus unterschiedlichen Milieus und mit vielfältigen Eigenschaften in eine tolerante, respektvolle und achtsame Gesellschaft inkludiert werden. Dabei vertreten wir die Meinung, dass die Schule der Zukunft mehr soziale Teilhabegerechtigkeit schaffen sollte. Dies kann dadurch erreicht werden, indem die frühe Schulformselektion unterbunden wird. Stattdessen können in einem leistungsheterogenen Umfeld einer gemeinsamen Schule (bis Ende Sek I) individuell Kompetenzen auf unterschiedlichen Niveaus - je nach Fach - entwickelt und ausgebaut werden. Das heißt, dass einerseits eine starke Integrationsleistung der Schule erfolgt, da Schüler*innen unterschiedlichster Herkunft am gleichen Ort lernen können. Andererseits wird nach dem Leistungsvermögen in bestimmten Fächern differenziert, um jedem*jeder Schüler*in einen möglichst fordernden und motivierenden Unterricht zu bieten.

Unsere Idee einer zukunftsorientierten Schullandschaft, sollte eine massive Förderung der IT-Infrastruktur in Schulen sein. Pädagogische und didaktische Möglichkeiten der Digitalisierung werden umfassend genutzt, um Schüler*innen Lehrinhalte besser zu vermitteln und um Medienkompetenzen auszubauen, mit welchen Schüler*innen selbstbewusst, selbstverständlich und selbstkritisch umgehen können. Zudem ist eine Transformation des Schulsystems, das individuelle Stärken berücksichtigen und Chancen für alle ermöglichen möchte, ein Ziel unserer zukünftigen Arbeit.

Werden Sie das Hochbauamt, das Schulamt und die städtischen Gesellschaften personell so ausstatten, dass das erforderliche Bauvolumen geplant und bewältigt werden kann?

Fachlich qualifiziertes Personal sehen wir als wesentlichen Erfolgsfaktor an. Insofern dies ein Engpassfaktor darstellen sollte, werden wir hier ansetzen und die personelle Aufstockung mit Fachpersonal vorantreiben.

Wie stehen Sie zu 'ÖPP'- und 'PPP'-Modellen im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen?
Die Vergangenheit hat zumindest für PPP-Modelle im Bereich Sanierung oft gezeigt, dass diese in Eigenregie kostengünstiger gewesen wären. Beispiel hierfür ist der Kreis Offenbach. Jedenfalls muss vorher geprüft werden, ob die Sanierung mit eigenem, aufgestockten Personal günstiger umzusetzen ist.

Neubauten von weiteren Integrierten Gesamtschulen und Konzeptschulen, die unserer Vision entsprechen, möchten wir fördern und bei der Umsetzung unterstützen. Innovative Schulkonzepte, sowie die Förderung von Gesamtschulen halten wir für den besseren und nachhaltigeren Weg und sind daher keine Befürworter*in von Hauptschulklassen an Realschulen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die zukünftige Schullandschaft möchten wir zusammen mit den allen Akteur*innen erarbeiten und gestalten. Auf unsere Initiative wurde im letzten Frühjahr eine breite Beteiligung am Schulentwicklungsplan mit dem Ziel beschlossen, die Meinung der Akteure vor dem Beschluss zum SEP einzuholen und ihn dementsprechend zu gestalten. Wir setzen uns auch weiterhin für den Bau weiterer integrierter Gesamtschulen oder Konzeptschulen ein, vor allem auch von Ganztagschulen ein. Hier unterstützt uns die Landesvorgabe, dass alle Grundschulen bis 2025 Ganztagschulen sein müssen.

Schule ist heute mehr als ein Lernort, sie ist zu einem zentralen Lebensort für Kinder und Jugendliche geworden. Eine gute Schule muss daher längeres gemeinsames Lernen, Unterstützung durch ausreichende Schulsozialarbeit, sowie abwechslungsreiche Aktionsflächen zum Lernen, Spielen, Verweilen, Reden, Essen und mehr bieten. Gutes Lernen braucht Luft, Licht und Ruhe.

Nachdem über 40 Jahre lang die staatlichen bzw. städtischen Ämter ihrer Funktionsfähigkeit durch fortlaufende personelle Ausdünnung geschwächt wurden, bedarf es eines langen Zeitraumes sie personell adäquat auszustatten. Das wird sich die nur schrittweise erreichen lassen.

ÖPP und PPP-Projekten stehen wir in diesem Zusammenhang sehr kritisch gegenüber. Wir lassen unsere Schulbaumaßnahmen ausschließlich durch das Hochbauamt und unsere städt. Gesellschaft WiBau bearbeiten.

Bei der Frage der Hauptschulklassen an Realschulen zeigen sich die fatalen Auswirkungen des zergliederten Schulsystems. Internationale Studien zeigen, dass dieses System die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft immer weiter vergrößert. Nur mit der Forcierung des Neubaus von integrierten Gesamtschulen und Ganztagschulen können wir dieser Entwicklung begegnen. (2016 Umwandlung Heinrich von Kleist Schule in eine IGS, Beschluss Neubau IGS im Neubaugebiet Bierstadt Nord, Beschluss bzw. Umsetzung der Sanierung der Wilhelm- Leuschner-Schule). Wir setzen uns auch weiterhin für den Bau

weiterer integrierter Gesamtschulen oder Konzeptschulen ein, vor allem auch von Ganztagschulen ein.

Aber es gibt noch mehr zu beachten: Schule ist heute mehr als ein Lernort, sie ist zu einem zentralen Lebensort für Kinder und Jugendliche geworden. Eine gesunde Schule muss daher abwechslungsreiche Aktionsflächen zum Lernen, Spielen, Verweilen, Reden, Essen und mehr bieten. Gutes Lernen braucht Luft, Licht und Ruhe.

CDU

Die CDU setzt sich für ein differenziertes Schulsystem im Rahmen der Schulentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Wiesbaden ein. Dabei steht die qualitätsorientierte Fortentwicklung im Fokus. Den Eltern und Schülerinnen und Schülern soll eine höchstmögliche Wahlfreiheit überlassen werden. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung und gleichwertige Förderung aller Schulformen und der Bau eines zusätzlichen Gymnasiums für die AKK-Stadtteile in Kastel, ggf. auch ein weiteres im Wiesbadener Osten, sofern der Bedarf da ist.

Kinder sind unterschiedlich – daher ist aus Sicht der CDU eine gezielte, zielgruppenspezifische Unterstützung aktuell besonders wichtig. Die optimale individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist in einem durchlässigen und differenzierten Schulsystem am Einfachsten umzusetzen. Eine individuelle Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler, die gleichwohl die Chancengleichheit sichert, muss dabei im Fokus stehen. Die CDU tritt für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff ein. Dieser beinhaltet sowohl die Förderung der individuellen, als auch die Förderung der sozialen Entwicklung. Dies beinhaltet gerade in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft auch proaktiv die Wertevermittlung und Demokratiebildung und leistet einen Beitrag zur Grundrechtsklarheit und Extremismusprävention. Dabei spielen gut ausgebildete Lehrkräfte durch das Land Hessen eine wichtige Rolle. Die zukunftsfähige Schule, die in einem guten baulichen Zustand ist, sollte nach Ansicht der CDU auch Ganztagsstrukturen enthalten, um Eltern und Kinder die maximale Flexibilität zu ermöglichen.

- Wie stehen Sie zu Neubauten weiterer Integrierter Gesamtschulen oder ‚Konzeptschulen‘ in Wiesbaden?

Für die CDU zählt nach wie vor der Elternwille, sofern ein langfristiger nachweisbarer Bedarf für eine Schulform besteht, wird dieser unterstützt.

- Wie stehen Sie zur Thematik Hauptschulklassen an Realschulen?

Die eigenständigen Realschulen sind seit Jahrzehnten in Wiesbaden etabliert. Bei jeglichen Schulentwicklungsvorhaben sind generell die konkreten Bedingungen und Gegebenheiten vor Ort und das Mitnehmen der Schulgemeinde zu berücksichtigen. An der Stelle ist auch die erfolgreiche Arbeit der Mittelstufenschule im Dichterviertel zu erwähnen, die in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Betrieben die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler stärkt.

D) Anforderungen an das ‚Lernen im Ganztag‘

- **Was ist für Sie ein ‚gutes‘ Mittagessen für Schüler*innen? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Strategie in Wiesbaden zum Umstellen von Kochen vor Ort in der schuleigenen Küche hin zu Cook & Chill ohne Schulküche?**
- **Wie stellen Sie zukünftig flächendeckende, qualitativ hochwertige Schulkinderbetreuung mit pädagogisch ausgebildetem Personal sicher?**

Freie Wähler

Wie bereits oben erwähnt sollten die Kinder sich im Bereich Krippe, Kita und Schule so wohl wie möglich fühlen und durch gut ausgebildete Pädagogen betreut und unterrichtet werden. Jede Maßnahme die dieser Zielsetzung folgt unterstützen wir gerne.

Bürgerliste Wiesbaden

Ein gutes Mittagessen für Schüler*innen sollte aus frischen regionalen Produkten hergestellt sein.

Nicht jede Schule hat den Raum und das Personal für eine moderne Schulküche, in der vor Ort jeden Tag frisch gekocht wird. Insofern stellt Cook & Chill eine gute Alternative dar, zumal die vorbereiteten Gerichte ja auch vor Ort mit frischen Zutaten kombiniert werden können. Einstellungen in den hessischen Schuldienst werden im Rahmen der verfügbaren Stellen und Mittel, nach dem schulischen Fachbedarf sowie nach Befähigung, fachlicher Leistung und Eignung der Bewerberinnen und Bewerber vorgenommen. Die Stadtverordneten bzw. die Stadtverordnetenversammlung haben hierauf keinen direkten Einfluss.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Grundsätzlich sollte zunächst allen Wiesbadener Schülerinnen und Schülern der Zugang zu einem gesunden Mittagessen gewährt werden. Darüber hinaus sollten die ernährungsphysiologischen Vor- und Nachteile zwischen Cook & Chill-Verfahren und der Zubereitung vor Ort genau analysiert werden und auch in Bezug auf Realisierbarkeit überprüft werden. In jedem Fall gilt es jede Mahlzeit durch frische Komponenten zu ersetzen. Bei der Gestaltung der Schulverpflegung definiert der DGE Qualitätsstandard. Diese besagt im Wesentlichen: jeden Tag Gemüse, Salat oder Rohkost und Trink- oder Mineralwasser. Dazu täglich Obst und Milchprodukte, Fleisch maximal zweimal, Seefisch mindestens einmal in der Woche. Das Essverhalten wird heutzutage nicht nur in der Familie, sondern zunehmend auch in der Schule geprägt. Die Mittagsverpflegung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und Vorbild für eine gesunde Ernährung sein, die abwechslungsreich ist und gleichzeitig schmeckt. Die Schulverpflegung kann für Regionalität, Ökologie und Gesundheit sensibilisieren und damit Wertschätzung generieren. Berücksichtigung finden müssen die jeweiligen Bedürfnisse bedingt durch Berücksichtigung durch Allergien, Unverträglichkeiten oder Religionszugehörigkeiten oder Allergien oder andere gesundheitliche Einschränkungen. Ein Mittagessen muss bezahlbar für alle Schülergruppen sein. Erreicht werden könnte dies durch eine Befreiung von der Mehrwertsteuer wenn die Essensverpflegung von der Kommune selbst betrieben würde oder über eine Jugendeinrichtung erfolgen würde.

SPD

Idealerweise wird ein Mittagessen frisch zubereitet und erfüllt alle Anforderungen einer gesunden Ernährung gemäß gängiger Zertifizierungen. Frischküche ist der Standard in städtischen Kitas. Allerdings leben wir in den Kindertagesstätten bereits seit Jahrzehnten den Ganztags, während diese Entwicklung an den Grundschulen noch sehr jung ist. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass Kitas – wenn es sich um große Einrichtungen handelt – von 150 Kindern besucht werden, die in ihren Gruppenräumen essen. In den Grundschulen haben wir völlig andere Ausgangspositionen. Daher gibt es nur wenige Schulstandorte, an denen frisch gekocht wird. Dies wird im Rahmen von Sanierungen auch beibehalten, es gibt also keine Strategie der Umstellung von bestehenden Frischküchen auf Cook & Chill (C&C). Vielmehr ist es so, dass im Rahmen der Expansion der Schulkinderbetreuung und Verlagerung einfachere und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen gefunden werden mussten – das gilt für Bau, Einrichtung, Betrieb und Personaleinsatz. Deshalb ist C & C der Standard und aus unserer Sicht auch eine gute Lösung. Qualitativ ist C & C nur geringfügig schwächer als eine Frischküche, aber im Handling (Einkauf, Lagerung) deutlich einfacher. Bei C&C gibt es kaum Nährwertverluste, je nach dem wie lange Frischgerichte zwischen Fertigstellung und Ausgabe auf dem Herd köcheln, ist die Nährwertbilanz sogar besser, da das Essen direkt schockgefroren wird und dann erneut erwärmt.

Wir wollen, dass Grundschulen zu guten Lern- und Lebensorten werden. Ab 2025 soll es einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Grundschulkinderbetreuung geben. Das Sozial- und das Schuldezernat gehen basierend auf bundesweiten Schätzungen von einem Bedarf von 90 Prozent aus. Derzeit kann in Wiesbaden knapp 70 Prozent der Grundschulkinder ein Ganztagsangebot gemacht werden. Für die Realisierung der zusätzlichen Plätze wurde bereits eine ämter- und dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Trotzdem sind die Herausforderungen an den Schulstandorten enorm, insbesondere bei den beengten räumlichen Verhältnissen im Innenstadtbereich. Unser Bild von Grundschule hat sich in den letzten Jahren enorm verändert und dem wurde auch in Wiesbaden Rechnung getragen. Dem enormen Platzausbau in der Schulkinderbetreuung, vor allem in der Hand von Eltern- und Schulfördervereinen ab 2007, folgte in den letzten Jahren die Etablierung pädagogischer, qualitativer und struktureller Standards, beispielsweise bei den Betreuungszeiten und in der Finanzierung der freien Träger. Hierzu zählen auch Fortbildungsmöglichkeiten für das Personal sowie der geplante Einstieg in die praxisintegrierte vergütete Erzieher:innen-Ausbildung ab dem Schuljahr 2022/23 zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs.

Was wir uns wünschen würden: das Land Hessen sollte seine Mutlosigkeit und das Abschieben der Verantwortung auf jede einzelne Schule beenden und uns in Wiesbaden die Möglichkeit geben den Ganzttag gemeinsam mit den Schulen zu gestalten. Mit der Möglichkeit bis 15 Uhr rhythmisiert zu lernen, das heißt mit zwischenzeitlichen frei gestaltbaren Zeiten, mit Bewegungsangeboten und einem Mittagessen für die Kinder. Dieses Angebot soll mit Ausnahme des Mittagessens kostenfrei sein und die Eltern die Möglichkeit bekommen noch bis 17 Uhr ein Betreuungsangebot in Anspruch zu nehmen.

Die Linke/Piraten

Wir kritisieren immer wieder, dass Mensen auch im Neubau nicht so ausgestattet werden, dass dort gekocht werden kann, sondern vom Caterern Vorgekochtes bezogen werden soll. Es leidet darunter die gesundheitliche Qualität und es werden wichtige pädagogische Chancen vertan.

Um qualifiziertes Personal gewinnen zu können, müssen nicht zuletzt entsprechende Ausbildungsplätze geschaffen werden. Angesichts der hohen Mieten und des viel zu geringen Anteils geförderter Wohnungen ist auch zu berücksichtigen, dass insbesondere die Einstiegsgehälter für die traditionell von Frauen ausgeübten Berufe zu gering sind. Entsprechende Maßnahmen der Stadt bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum und Zulagen könnten die Situation deutlich verbessern.

FDP

Unserer Erfahrung nach hängt die Qualität des Schulessens (wie von allen Großküchen) mehr vom Anbieter des Essens ab und weniger von der genauen Zubereitungsmethode. Kinder sollten schon in der Schule an gesundes Essen herangeführt werden. Dies sollte sich im Essensangebot widerspiegeln.

Wir bauen die Grundschulkinderbetreuung durch Erweiterung der Zusammenarbeit mit den Fördervereinen sowie den freien Trägern nachhaltig und bedarfsgerecht aus. Verlässliche Qualitätsstandards und Fachkraftschlüssel sind uns dabei besonders wichtig. Dies soll auch durch die regelmäßige Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung sichergestellt werden.

Volt

Ein gutes Mittagessen ist abwechslungsreich, gesund und wenn möglich regional angebaut. Die Auswahl sollte immer so gestaltet sein, dass Beschwerden (z.B. Laktoseintoleranz) und alternative Ernährungsansätze (z.B. vegetarisch) berücksichtigt werden.

Wir präferieren klar das traditionelle Konzept.

Generell ist gut ausgebildetes Personal Mangelware. Dieses kann nur durch ein attraktives Angebot bei der jeweiligen Arbeitsstelle aber auch der Stadt Wiesbaden insgesamt

gewonnen werden. Insofern wollen wir uns für eine attraktive Bezahlung und ein modernes Arbeitsumfeld einsetzen und natürlich Wiesbaden insgesamt noch lebenswerter machen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen, dass Schulkinder zukünftig mit gesundem, regionalem und möglichst biologisch erzeugtem sowie frisch gekochtem Essen versorgt werden. Die Koordination der Essensversorgung muss in der Hand der Kommune liegen.

Die Entwicklung von Grundschulen zu möglichst rhythmisierten Ganztagschulen wollen wir beschleunigen und die Vorgaben des Landes erfüllen, bis 2025 alle Grundschulen zu Ganztagschulen auszubauen. Für die kommunalen Betreuungsangebote treten wir für den Einsatz vollausgebildeter pädagogischer Fachkräfte ein. Die entsprechenden Richtlinien und Verträge mit den Trägern der Angebote müssen dies vorgeben

CDU

Die CDU setzt sich für die Weiterentwicklung des Angebots der ganztägigen Betreuung ein.

Die CDU ist der Ansicht, dass ein ausgewogenes Mittagessen für Schülerinnen und Schüler in Anlehnung an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung essentiell ist. Sowohl die Eigen- als auch die Fremdbewirtschaftung können dieses Ziel gleichermaßen sicherstellen. Dabei ist es wichtig, die örtlichen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen, zu denen die räumliche, personelle oder sächliche Ausstattung der Schulküche oder der Schulmensa zählt, zu beachten und in das Konzept mit einzubinden. Für die CDU ist neben dem ausgewogenen Mittagessen auch die Schulverpflegung im gesamten schulischen Alltag von Bedeutung und sollte pädagogisch begleitet werden.

Die CDU sieht in der Schulkinderbetreuung die Notwendigkeit eines bedarfsgerechten Angebots, dass sowohl der Willen der Kinder, als auch den Elternwillen berücksichtigt und den Familien maximale Flexibilität einräumt.

Dabei ist das Land Hessen bereits mit der hohen Priorisierung des verstärkten Ausbaus von Ganztagschulen in Wiesbaden auf einem guten Weg:

In Wiesbaden bieten im Schuljahr 2020/2021 42 von insgesamt 67 Schulen eine ganztägige Betreuung an; davon arbeiten 16 Schulen in Profil 1, 11 Schulen in Profil 2 und acht Schulen in Profil 3. Sieben Wiesbadener Grundschulen bieten eine Betreuung im Rahmen des Pakts für den Nachmittag (PfdN) an. Rund 63 Prozent aller Wiesbadener Schulen bieten bereits ganztägige Angebote an (nach den Richtlinien für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen nach §15 des Hessischen Schulgesetzes und dem Qualitätsrahmen für ganztägig arbeitende Schulen).

E) Anforderungen an soziales Lernen, individuelle Förderung, Inklusion und Integration

- **Welche Maßnahmen zur Förderung der Inklusion an Wiesbadener Schulen schweben Ihnen vor?**

- **Wie beurteilen Sie die aktuelle Vergabestrategie bei den Fahrdienstleistungen für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen?**
- **Wie möchten Sie zukünftig die Familien bei der Rekrutierung von I-Helfer*innen unterstützen?**

- **Wie möchten Sie zukünftig Schulabgänger*innen mit besonderen Bedürfnissen bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen?**
- **In welchem Umfang und an welchen Schulen würden Sie sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit stark machen?**

Freie Wähler

Inklusion sollte sowohl den Kindern mit Förderbedarf als auch den Kindern im Regelschulbetrieb nützen, unter dieser Maßgabe sind wir für die Inklusion. Bei Sanierungen, Instandhaltungen und Neubauten von Krippen, Kitas und Schulen werden wir die Möglichkeiten der StVV ausschöpfen und auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bestehen. Mit den unterstützenden Maßnahmen wie Organisation der Fahrdienste, Beschaffung und Ausbildung von Hilfspersonal sowie Schulsozialarbeit und arbeitsunterstützenden Angeboten sind sehr kompetente Einrichtungen befasst. Wir werden jeden Antrag unterstützen, der diese Einrichtungen unterstützt.

Bürgerliste Wiesbaden

Inklusion ist ein wichtiger Baustein, um Schülerinnen und Schülern mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Auch hier ist, was das Angebot an Lehrkräften angeht wieder in erster Linie das Land gefragt. Die Kommune als Schulträger kann die baulichen Voraussetzungen an den Schulen schaffen, um z.B. körperlich behinderten Schülern eine barrierefreie Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen. Dies werden wir im Rahmen von Schulsanierungen und Neubauten natürlich unterstützen.

Leider haben wir keine Informationen zur Vergabestrategie bei den Fahrdienstleistungen und können uns insofern auch kein Urteil darüber bilden.

Inwiefern der einzelne Schüler Eingliederungshilfe bzw. I-Helfer benötigen ist sehr individuell und orientiert sich am Bedarf. Hier prüft das Amt für Soziale Arbeit den Einzelfall. Mit der Rekrutierung bzw. Zuteilung von I-Helfern hat die Stadtverordnetenversammlung direkt nichts zu tun.

Das Kompetenz-Entwicklungs-Programm im Übergang Schule-Beruf der Schulsozialarbeit Wiesbaden unterstützt den gesamten Berufsorientierungsprozess für Schülerinnen und Schüler an Schulen mit Schulsozialarbeit. Hierfür stellt die Landeshauptstadt Wiesbaden Haushaltsmittel zur Verfügung. Wenn tatsächlich Bedarf besteht wäre natürlich eine Aufstockung der Mittel angebracht, die wir natürlich unterstützen würden.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Kommunen müssen Reformen in der Schulorganisation anstoßen und ermöglichen. Ob es nun um bauliche Veränderungen oder um Unterrichtskonzepte geht. Sie müssen Lehrerinnen und Lehrer auf die neue Vielfalt in den Klassenzimmern vorbereiten und zusätzlich Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in den Schulen einsetzen. Dies gelingt nur, mit der Bereitschaft zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Schulsozialarbeit muss an allen Schulformen vorhanden zu sein.

Aber: Geld ist nicht alles. Inklusion ist auch eine Frage der Haltung. Lehrerinnen und Lehrer müssen – ebenso wie die Eltern von Kindern ohne Behinderung – offen für die Veränderungen in der Schule sein und konstruktiv zusammen arbeiten. Der Erfolg von schulischer Inklusion hängt also stark von den Menschen vor Ort ab.

Bauliche Anforderungen: In den Schulen muss sichergestellt sein, dass jedes Kind (mit oder ohne Behinderung) an dem Unterricht teilnehmen kann. Das heißt, dass der Zugang in die Räume barrierefrei ist und auch z.B. Rollstuhlfahrer/innen in die Räume gelangen können. Öffentliche Bauträger müssen sich bei barrierefreien Umbauten besser beraten lassen. Auch die Notausgänge müssen frei zugänglich und für jeden Schüler und jede Schülerin begehbar sein. So erscheint es nur logisch, dass ein Fenster als Notausgang ungeeignet wäre, da es

für ein/e Rollstuhlfahrer/in unmöglich wäre, diesen zu benutzen. Für die Erreichbarkeit der oberen Etagen müssen Fahrstühle eingebaut, bzw. Auffahrten für Rollstuhlfahrten errichtet werden, Toiletten der Höhe und Sicherheit angepasst werden (für Schüler/innen mit Einschränkungen). Klassenräume müssen so groß sein, dass auch alle Schüler/innen hinein passen und ein angenehmes Lernumfeld geschaffen werden kann.

Personelle Veränderungen:

Zudem sollten die lehrenden Fachkräfte besser auf eine Inklusion vorbereitet werden, zum Beispiel in Form von Fortbildungen, Seminaren oder speziellen Schulungen. Für Schüler/innen mit Migrationshintergrund wäre Personal mit Fremdsprachenkenntnissen eine weitere Hilfe. Zudem wäre es von Vorteil für Schüler/innen und Lehrer/innen, wenn die Fachkräfte nur einen Einsatzort hätten und nicht ständig die Schulen wechseln müssten. So können die Schüler/innen eine bessere Beziehung und ein stärkeres Vertrauensverhältnis zu den Lehrer/innen und Fachkräften entwickeln.

Bestehende Berufsberatungsangebote in den Schulen müssen mit Verzahnung der Angebote der Arbeitsagentur und andere Institutionen ausgebaut werden. Jeder Schulabgänger muss rechtzeitig ein für ihn geeignetes Berufsberatungsangebot erhalten und je nach individuellen Erfordernissen engmaschig bei der Suche nach dem passenden Ausbildungsangebot begleitet werden.

SPD

Solange das auf frühe Trennung basierende Schulsystem nicht grundsätzlich verändert wird, muss die schulische Inklusion im bestehenden Rahmen verbessert werden. Hierfür fordern wir das Land auf, für bessere Ausstattung der Schulen zu sorgen. In erster Linie fehlt es an sonderpädagogischen Fachkräften, zumal aufgrund des – ideologisch motiviertem – Beharrens auf Fortbestand der Förderschulen entscheidende finanzielle und personelle Ressourcen für die inklusive Beschulung fehlen.

Die Vergabe erfolgt auf Basis eines umfangreichen Anforderungskatalogs, der den städtischen Vergabeprinzipien entspricht. Hier benötigen wir Informationen zum Hintergrund der Frage: geht es um Beschwerden einzelner Unternehmen? Geht es um Hinweise von Schülerinnen und Schülern, dass etwas im Einzelfall nicht funktioniert? Gerne gehen wir diesen Fragen nach, benötigen dann aber konkrete Hinweise. Pauschal kann aber ein hohes Niveau der Fahrdienstleistungen festgestellt werden.

Wir setzen uns für mehr Ausbildungsplätze in Heilerziehungspflegeberufen ein, damit mehr Personal zur Verfügung steht.

An den Schulen mit Förderschwerpunkt Lernen ist die Stadt flächendeckend mit Schulsozialarbeit und kümmert sich um die Übergänge.

Die Zuständigkeit für die Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen liegt bei der Bundesagentur für Arbeit (Reha-Ausbildung).

Die Stadtverwaltung als Arbeitgeber soll nach unserer Überzeugung jedoch ihren Teil zur Inklusion beitragen, ebenso wollen wir dass die Wiesbadener Jugendwerkstatt mittelfristig in den Bereich SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung)einsteigt.

Wir wollen die flächendeckende Ausstattung der verbundene Haupt- und Realschulen mit Schulsozialarbeit sowie die Aufstockung im Bereich der Grundschulen (Umwandlung der betreuenden Grundschulen in Betreuung plus Schulsozialarbeit für alle Schülerinnen und Schüler) und der IGSen fortführen. Darüber hinaus können wir uns – zunächst in den Schulstandorten mit besonderen Bedarfslagen – auch einen Einstieg in Schulsozialarbeit an Gymnasien vorstellen und werden dazu erste Konzepte entwickeln. Dies ist auch deshalb notwendig, weil dort andere Anforderungen an Schulsozialarbeit (Ziel ist bisher das Erreichen eines qualifizierten Abschlusses i.d.R. Hauptschulabschluss) bestehen als an Gymnasien. Wir fordern das Kultusministerium auf, die UBUS-Kräfte (Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte) nicht mit der

Gießkanne über alle Schulen zu verteilen, sondern mit der Stadt Wiesbaden angesichts der hohen eigenen Personalausstattung mit Schulsozialarbeit gezielter einzusetzen, zum Beispiel für den Einstieg in Schulsozialarbeit an Gymnasien.

Die Linke/Piraten

Zur Qualitätskontrolle und Vergabe in der Schülerbeförderung wurde gerade ein Antrag unserer Fraktion gestellt und im Schulausschuss beschlossen, da Kritik über Fahrdienstleistungen an uns herangetragen wurde.

Bei der Auswahl der Inklusionshelfer*innen ist die Wahlfreiheit für die Eltern zu garantieren. In vielen Bereichen unterstützt die Stadt Beratungseinrichtungen, seien es Vereine wie "Berufswegen für Frauen", das "WIF" oder das "Queere Zentrum", so dass auch ein spezifisches Beratungszentrum für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen eingerichtet werden könnte und sollte. Es ist – wie bei vielen Anliegen – hierzu ratsam, dass "außerparlamentarische" Initiativen und Gremienvertreter*innen kooperieren. Unsere Fraktion ist bereit, auch in diesem Bereich kooperieren.

FDP

*Wie beurteilen Sie die aktuelle Vergabestrategie bei den Fahrdienstleistungen für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen?*

Eine konkrete „Strategie“ bei der Vergabe von Fahrdienstleistungen ist uns derzeit nicht bekannt. Uns ist wichtig, wie in allen Bereichen, in denen soziale Leistungen in Entsprechung des SGB VIII vergeben werden, die Trägervielfalt, Fairness und Subsidiarität zu gewährleisten. Inoffizielle Zuschläge, Absprachen oder Bevorzugungen lehnen wir strikt ab.

*Wie möchten Sie zukünftig die Familien bei der Rekrutierung von I- Helfer*innen unterstützen?*

Auch bei sozialen Unterstützungen ist uns das one-stop-shop Prinzip wichtig. Familien sollen einen einheitlichen Ansprechpartner bei der Stadt haben, um dahingehende Unterstützung zu organisieren. Die Organisation durch mobil organisierte Anbieter unterstützen wir dabei grundsätzlich. Dieser muss vom Umfang her aber auch den Bedarfen der Familien gerecht werden.

*Wie möchten Sie zukünftig Schulabgänger*innen mit besonderen Bedürfnissen bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen?*

Schüler:innen mit dem Bedarf an besonderer pädagogischer Unterstützung haben mit der Wiesbadener Jugendwerkstatt ein darauf spezialisiertes Angebot. Daher ist der Schwerpunkt der WJW auch unbedingt auf diesen Unterstützungszweck zu fokussieren. Auch die Stadt selbst ist bei der Anstellung von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf als Arbeitgeber in Vorbildfunktion besonders gefragt.

In welchem Umfang und an welchen Schulen würden Sie sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit stark machen?

Wir machen uns an allen Schulen (und vor allem an allen Schulformen) für den Ausbau der Schulsozialarbeit stark. Folglich muss zukünftig auch an Gymnasien Schulsozialarbeit angeboten werden, da der Bedarf nicht schulformabhängig ist. Die Freien Demokraten setzen sich auch im Land dafür ein, dass die Schulsozialarbeit künftig über eine Drittelfinanzierung auch vom Land angemessen unterstützt wird.

Volt

Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen begleitet den deutschen Transformationsprozess und hat konkrete Handlungsanweisungen für Deutschland abgeleitet. In einem ersten Schritt würden wir gerne eine Evaluation vornehmen um zu schauen, bei welchen Empfehlungen aktuell die größte Diskrepanz besteht. Auf dieser Basis würden wir dann konkrete Maßnahmen ableiten wollen.

*Wie beurteilen Sie die aktuelle Vergabestrategie bei den Fahrdienstleistungen für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen?*

Hier fehlt uns aktuell leider der detaillierte Einblick, so dass wir die Frage nicht beantworten können. Generell sind wir jedoch der Auffassung, dass die Vergabe von Aufträgen immer anhand klarer Vergabekriterien erfolgen müssen. Diese sollten auch verhindern, dass sich Monopolstrukturen herausbilden.

*Wie möchten Sie zukünftig die Familien bei der Rekrutierung von I-Helfer*innen unterstützen?*

Ein erster Punkt wäre es die vorhandenen Informationen leichter zugänglich zu machen. Es kann z.B. nicht sein, dass Antragsvordrucke auf den zentralen Seiten der Stadt Wiesbaden nicht verfügbar sind und man von dort nur zu anderen Stellen der Stadt verwiesen wird. Die Anforderungsformulare müssen außerdem einfacher und verständlicher werden.

*Wie möchten Sie zukünftig Schulabgänger*innen mit besonderen Bedürfnissen bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen?*

Leider haben wir in diesem Bereich noch keine hinreichende Expertise aufbauen können, um eine fundierte Aussage treffen zu können.

In welchem Umfang und an welchen Schulen würden Sie sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit stark machen?

Leider haben wir in diesem Bereich noch keine hinreichende Expertise aufbauen können, um eine fundierte Aussage treffen zu können.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir unterstützen im Rahmen der kommunalen Aufgaben die barrierefreien Planungen und weitere baulicher Maßnahmen (z.B. für Hörgeschädigte) bei Neubau und Sanierung. Als Modellregion Inklusion hat die LHW zahlreiche zusätzliche pädagogische Fachkräfte gestellt. Langfristig ist dafür allerdings das Land zuständig.

Die Vergabestrategie für Fahrdienstleistungen wird aufgrund einer Initiative des Schulausschusses untersucht. Sollte sich hierbei Handlungsbedarf ergeben, werden wir dazu tätig werden.

Wir sehen Schule als Teil der kommunalen Bildungslandschaft, die sich immer stärker mit Partner*innen im Quartier und Stadtteil vernetzt. In diesem Sinne wollen wir die Schulsozialarbeit konzeptionell und auf jeden Fall bedarfsorientiert weiterentwickeln.

CDU

Welche Maßnahmen zur Förderung der Inklusion an Wiesbadener Schulen schweben Ihnen vor?

Auf Grund der Anerkennung von Heterogenität im Rahmen einer inklusiven Bildung werden an Wiesbadener Schulen gemeinsam mit dem Hessischen Kultusministerium inklusive Bildungsangebote angeboten. Es ist zwingend notwendig, dass eine Teilhabe erfolgt.

*Wie beurteilen Sie die aktuelle Vergabestrategie bei den Fahrdienstleistungen für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen?*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt die notwendigen Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen bis zum Ende der Mittelstufe (Sekundarstufe 1), der Grundstufe der Berufsschule sowie das erste Jahr der besonderen Bildungsgänge der Berufsschule oder Berufsfachschule (Erfüllung der Vollzeitschulpflicht), sofern sie in Wiesbaden gemeldet sind (gemäß § 161 des Hessischen Schulgesetzes). Schülerinnen und Schüler, die eine dauerhafte körperliche Beeinträchtigung oder eine geistige Behinderung haben und nicht alleine den Schulweg bestreiten können, haben die Möglichkeit von einem Schulbus abgeholt zu werden. Sofern eine Notwendigkeit dafür vom Schulamt oder dem Gesundheitsamt festgestellt wird, werden die Kinder sowohl zur Schule

gebracht, als auch nach dem Unterricht wieder nach Hause gefahren. Der Antrag kann dabei formlos gestellt werden. Das unterstützt die CDU.

*Wie möchten Sie zukünftig die Familien bei der Rekrutierung von IHelfer*innen unterstützen?*
Die CDU ist der Ansicht, dass dort unterstützende, sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden müssen, wo sich ein Bedarf zeigt.

*Wie möchten Sie zukünftig Schulabgänger*innen mit besonderen Bedürfnissen bei der Arbeitsplatzsuche unterstützen?*

Die CDU will die berufliche Orientierung von Schülerinnen und Schülern grundsätzlich in allen Schulformen stärken und die Schulen für Betriebe noch mehr öffnen.

In welchem Umfang und an welchen Schulen würden Sie sich für die Ausweitung der Schulsozialarbeit stark machen?

Die CDU ist der Ansicht, dass die Schulsozialarbeit an allen Schulformen essentiell ist. Dabei soll die Schulsozialarbeit, auch an den Gymnasien und Realschulen, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie gestärkt und das erfreulich hohe Niveau an den Gesamtschulen und der Mittelstufenschule beibehalten werden.

F) Schule unter Pandemie-Bedingungen:

- **Welche weiteren Maßnahmen sollte Ihrer Meinung nach die Kommune ergreifen, um mehr Unterricht in den Schulen zu ermöglichen?**
 - Luftfilteranlagen in allen Klassenräumen
 - Schnelltests für Lehrer*innen und weiteres schulisches Personal (2mal pro Woche)
 - Schnelltests für Schüler*innen (2mal pro Woche)

- **Kompensation von Lernrückständen**
In fast allen Klassen und Schulformen gibt es Schüler*innen, die durch ein Jahr Pandemie und den damit verbundenen Bildungsausfall extrem ins Hintertreffen geraten sind. Was kann Wiesbaden selber tun, um diese Schüler*innen JETZT aufzufangen? Wie stellen Sie sich die Finanzierung und das Personal vor?
 - Ferienakademien
 - Individuelle Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schülern
 - Einbindung privater Nachhilfeinstitute
 - Einbindung von Lehramtsstudierenden
 - Sonderzuweisung an reguläre Lehrkräfte

- **Betreuung**
Sind Sie bereit, Eltern weiterhin von den Beiträgen für die schulische Betreuung zu entlasten, sofern die Betreuung pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen wurde oder wird? (Aussetzen der Präsenzpflcht bzw. Distanztage im Wechselunterricht)

- **Schulische Notbetreuung**
 - Wie stellen Sie sicher, dass sowohl ausreichend Räume als auch ausreichend Personal für die Notbetreuung an Schulen unter Pandemiebedingungen vorhanden sind?
 - Sind Sie bereit die Kosten für zusätzliches Personal und zusätzliche Räumlichkeiten der Notbetreuung an Schulen als Kommune zu übernehmen?

Freie Wähler

Wir unterstützen die verantwortlichen Ämter bei jeder Maßnahme, die durch Fachleute für sinnvoll gehalten und der StVV zur Abstimmung vorgelegt werden.

Bürgerliste Wiesbaden

Sowohl Luftfilteranlagen, als auch Schnelltests für Schüler*innen und Lehrer*innen sind sicherlich gute Mittel der Wahl, um Präsenzunterricht so schnell wie möglich wieder zu ermöglichen. Dies sollte die Kommune nach ihren Möglichkeiten unterstützen.

All die genannten Maßnahmen können sicher dazu beitragen den Bildungsausfall etwas zu kompensieren, allerdings ist Bildung primär Aufgabe des Landes, die Stadt Wiesbaden kann unserer Meinung nach hier wenig tun.

Natürlich sollten Eltern Betreuungsangebote, die pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen werden auch nicht bezahlen müssen. Viele Eltern haben ja selbst pandemiebedingt Einkommenseinbußen, so dass ein Verzicht auf die Elternbeiträge hier sicherlich eine große Hilfe ist.

Sofern zusätzliches Personal oder Räumlichkeiten notwendig sind sollte die Stadt unserer Meinung nach hier unterstützend eingreifen, wenn nötig auch finanziell.

Unabhängige Liste Wiesbaden

Die Schule und die Bedürfnisse aller Betroffenen wie Schüler*innen, Lehrer*innen und die Eltern stehen bislang zu wenig im Fokus der politisch Verantwortlichen. Es ist schon jetzt erkennbar, dass die Auswirkungen für die Schülerschaft dramatisch ist. Notwendig ist die Bereitschaft aller Verantwortlichen an kreativen Lösungen zu arbeiten. Vor dem Hintergrund, dass Distanzunterricht nicht den gleichen Lernerfolg bedeutet, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Schüler aller Klassen wieder in den Präsenzunterricht zu holen. Dazu gehört zunächst die Ausstattung mit Luftfilteranlagen aller Unterrichtsräume. Im November 2020 haben wir zur Ausstattung der Wiesbadener Schulen mit Luftfiltern eine Anfrage an den Magistrat gestellt. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob freistehende Räumlichkeiten wie beispielsweise in Bürgerhäusern oder andere Veranstaltungsräume eingesetzt werden können, um Präsenzunterricht durchzuführen.

Unabdingbare Voraussetzung ist eine Teststrategie mit der kostenlose Einführung von Schnelltests für alle Schüler*innen und Lehrer*innen. Hier ist ein umfassendes Konzept erforderlich, um schnell auf entstehende Infektionen reagieren zu können.

Um entstandene Lücken im Lernstoff auszugleichen, sind alle personelle Möglichkeiten auszuschöpfen wie zum Beispiel die Einbindung pensionierter Lehrer, Lehramtsstudenten, Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen etc. Gegebenenfalls auch die Durchführung von Lernplattformen mit Unterstützungsangeboten durch Schüler und Schülerinnen höherer Klassen.

Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf Schüler mit Migrationshintergrund zu richten, die schon vor Beginn der Corona-Pandemie Schwierigkeiten im deutschen Schulsystem hatten. Jedes Kind muss mit dem Verlassen der Grundschule lesen und schreiben können als Basisvoraussetzungen für die weitere erfolgreiche Schullaufbahn.

Ferienakademien können ebenso ein gutes Instrument sein. In Betracht kommt dies nicht nur für Lernschwache, sondern auch für lernstarke Schüler*innen, um deren Potential weiter zu stärken.

Als letzte Möglichkeit ist darüber nachzudenken, ob schwächeren Schülern die freiwillige Wiederholung des Schuljahres angeboten wird, da mittlerweile fast der Lernstoff von fast 2 Jahren aufzuholen ist.

Es ist darüber nachzudenken, dass ein Fonds auf Landesebene aufgelegt wird, um die Finanzierung aller dieser Möglichkeiten zu gewährleisten.

SPD

Luftfilteranlagen in allen Klassenräume:

Hier stimmen wir der Einschätzung des Hessischen Kultusministeriums zu, das sich auf eine Bewertung des Bundesamtes für Risikoforschung bezieht: Lüften ist das beste Mittel des Luftaustauschs, Luftfilter sollten nur in den Räumen eingesetzt werden, die nicht belüftet werden können, dies ist in Wiesbaden der Fall. Bei der gesamten Diskussion kommt aus unserer Sicht nicht nur die Frage der Wartung der Geräte, sondern auch der Aspekt der Nachhaltigkeit zu kurz. Auch die aktuellen Studien zur sehr geringen Verbreitung des Corona-Virus in Schulen stützen diese Einschätzung.

Schnelltests für Lehrer*innen und weiteres schulisches Personal (2mal pro Woche) und Schnelltests für Schüler*innen (2mal pro Woche):

Zu beiden Punkten Zustimmung.

Kompensation von Lernrückständen:

Wir bitten darum, diese Frage an das zuständige Hessische Kultusministerium zu richten. Was die Stadt als Schulträger tun kann (Bereitstellung von Räumen etc. wird sicherlich getan. Ob es pädagogisch überhaupt sinnvoll ist, private Nachhilfeinstitute einzubinden, bzw. Ferienakademien durchzuführen (von wem werden diese Akademien vordringlich genutzt, wäre zu klären), sollten die Pädagoginnen und Pädagogen diskutieren und entscheiden.

Betreuung:

Wir konnten insbesondere beim ersten Shutdown 2020 feststellen, dass Lehrer:innen und die Fachkräfte aus Betreuenden Grundschulen und Grundschulkinderbetreuung enger zusammengewachsen sind. Weder Räume noch Personal sind – selbst wenn ausreichend Geld vorhanden ist – jedoch kurzerhand vermehrbar. Und bei der gleichzeitigen Forderung auf einen Verzicht von Beiträgen bei gleichzeitiger Aufstockung des Personals beißt sich die Katze in den Schwanz. Im vergangenen Jahr wurden die Beiträge dank der Initiative von Sozialdezernent Christoph Manjura für vier volle Monate erlassen und damit eine sehr familienfreundliche und unbürokratische Lösung gefunden – denn in den Monaten Juni und Juli fanden wieder Betreuungsangebote statt.

Auch für die Monate Januar und Februar wurden hierfür Lösungen gefunden, übrigens obwohl das Land Hessen nur anteilige finanzielle Erstattungen vorsieht und hierbei der Schulbereich (Hort, Betreuende Grundschule und Grundschulkinderbetreuung außen vor ist). Da grundsätzlich bis auf den Materialkosten beim Mittagessen alle Personalkosten weiterlaufen, werden wir immer wieder situativ eine Entscheidung zu treffen haben, ob die (teilweise) Erstattung von Beiträgen zur finanziellen Entlastung der Eltern oder zur Bekämpfung der Pandemie leistbar ist oder nicht.

Die Linke/Piraten

Mehrfach haben wir uns – leider nur mit mäßigem Erfolg – dafür eingesetzt, Klassenräume mit Luftfiltergeräten auszustatten. Wir werden es dennoch weiterhin tun.

Schnelltests sollten zur Verfügung gestellt werden, können aber auch das Infektionsrisiko in Schulen nur minimieren und nicht auszuschließen. In Zukunft müssen Schulen (auch wegen der Differenzierung) mehr Raumreserven haben. Schulhöfe bzw. Teile von diesen dürfen nicht verkauft werden, um die Rücklagen zu schonen, sondern werden nicht nur für den "Hygieneabstand" benötigt, sondern auch für sinnvolle Pausenangebote.

Wie in anderen Bereichen muss es besondere Zuweisungen geben, damit solche Corona-Folgen wenigstens ansatzweise ausgeglichen werden. Auch bei den Ferienprogrammen der Stadt ist ein entsprechendes Engagement zusätzlich zu Maßnahmen des Kultusministeriums sinnvoll.

Es ist fest verankerte Programmatik der Partei DIE LINKE., dass KiTa-Beiträge, Beiträge für Betreuung an Schulen, Schulgelder und Studiengebühren nicht erhoben werden, schon gar nicht, wenn die Einrichtungen pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen werden. Die aufgeführten Einrichtungen sind Bildungseinrichtungen und dürfen nicht als Aufbewahrungseinrichtungen mit Einhaltung der Aufsichtspflicht oder privater Luxus angesehen werden.

Die Stadt muss ihre Möglichkeiten, über Räume zu verfügen, konsequent ausschöpfen. Dies schließt auch Bürgerhäuser, Stadtteilbibliotheken u.a. Räumlichkeiten ein. Es müssen dort kreative, pragmatische Lösungen gefunden werden. Die jeweils Betroffenen müssen selbstverständlich einbezogen werden und es darf nicht irgendetwas über ihre Köpfe hinweg am "grünen Tisch" entschieden werden.

So haben wir z.B. zur letzten Sitzung des Schulausschusses den Antrag gestellt, die Stadtteilbibliotheken (in den Ferien) nicht zu schließen und die zum Teil generell völlig geschlossene Ausleihe bei mehreren Stadtteilbibliotheken zurückzunehmen. Kooperative Nutzungen mit benachbarten Schulen sind denkbar und sollten ernsthaft geprüft werden. Bürgerhäuser sind gerade vormittags nur bedingt ausgelastet. Auch hier ist in begrenztem Umfang sicher etwas machbar.

Wir halten es für notwendig, dass alle KiTas und Schulen so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgabe auch unter der Pandemie wahrnehmen können wie das auch für andere "systemrelevante Bereiche" gilt.

FDP

Luftfilteranlagen in allen Klassenräumen:

Ja, hier ist in den letzten Monaten deutlich zu wenig gemacht worden: Leider hat das Land über lange Zeit keine eindeutigen Signale gesendet, was eine Anschaffung verzögert hat. Spätestens jetzt (und nach den positiven Studien, die ja u.a. an einer Wiesbadener Schule durchgeführt wurden) sollte der Beschaffungsprozess jedoch auf Hochtouren laufen. Dabei müssen alle Ressourcen mobilisiert werden, um eine flächendeckende Ausstattung sicherzustellen. Ein freiwilliges Engagement durch Eltern und Fördervereine begrüßen wir daher. Letztendlich muss die Aufgabe jedoch von der Stadt bewältigt werden.

Testungen:

Die Freien Demokraten fordern für den Wirkungskreis der Stadt Wiesbaden die Möglichkeit zum täglichen, kostenfreien Schnelltest, z.B. für das KiTa-Personal. Für die Schüler:innen und Lehrer:innen muss das Land zumindest die Kosten übernehmen, die Durchführung kann auch durch die Stadt erfolgen. Wir fordern daher auch den Aufbau von Schnellteststraßen, an denen die Menschen unbürokratisch getestet werden können.

Kompensation von Lernrückständen:

Dies ist vorrangig Aufgabe des Landes, zumal die Fördermaßnahmen nur dann ihr Potential entfalten können, wenn Zusatzangebote auch in Präsenzsitzungen stattfinden können (für deren grundsätzliche Genehmigung das Land zuständig ist). Wir beobachten die Auswirkungen der Pandemie auf die Bildungschancen mit großer Sorge. 77% der hessischen Schüler fühlen sich durch die Pandemiesituation gestresst, überfordert oder depressiv. Hier muss die Landesregierung dringend eine Perspektive für weitgehende Schulöffnungen mit einem entsprechenden Testkonzept schaffen.

Sobald die Landesregierung ihre Hausaufgaben erledigt hat, lässt sich über Unterstützungsmaßnahmen der Stadt sprechen. Wir wünschen uns beispielsweise eine Stärkung der "Teach First"-Projekte, bei denen Hochschulabsolventen in Schulen als Lehrkräfte auf Zeit arbeiten.

Sind Sie bereit, Eltern weiterhin von den Beiträgen für die schulische Betreuung zu entlasten, sofern die Betreuung pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen wurde oder wird? (Aussetzen der Präsenzpflcht bzw. Distanztage im Wechsel- unterricht)

Ja, sofern die Betreuung nicht in Anspruch genommen werden konnte oder von einer Inanspruchnahme abgeraten wurde.

Schulische Notbetreuung : Wie stellen Sie sicher, dass sowohl ausreichend Räume als auch ausreichend Personal für die Notbetreuung an Schulen unter Pandemiebedingungen vorhanden sind? • Sind Sie bereit die Kosten für zusätzliches Personal und zusätzliche Räumlichkeiten der Notbetreuung an Schulen als Kommune zu übernehmen?

Ja, hier gibt es auch vielversprechende Ansätze aus anderen Städten und Ländern. In Wien wurden beispielsweise geschlossene Cafés und Restaurant genutzt, um in den dortigen Räumlichkeiten Platz für Schüler:innen zu schaffen.

Volt

Wir sind der Meinung, dass weitere technische und organisatorische Maßnahmen immer individuell pro Schule festgelegt werden müssen. So ist z.B. die Installation von Luftfilteranlagen in Klassenräumen wünschenswert, können aber ein regelmäßiges Lüften nicht ersetzen.

Auch die Trennung von Schulklassen zur Reduzierung der Klassengröße macht regelmäßig Sinn, wenn an einer Schule jedoch eher eine geringe Klassengröße vorherrschen sollte und gleichzeitig die Raumgröße ausreichend ist, hat diese Maßnahme wenig zusätzlichen Nutzen.

Die Nutzung alternativer Räume (wie z.B. Konferenzräume in Hotels) sollten überlegt werden, wenn die Raumgrößen der jeweiligen Schule nicht ausreichend sind.

Die u.E. sinnvollste Maßnahme ist es jedoch von vornherein den Kontakt mit Erkrankten zu vermeiden. Insofern wünschen wir uns bis eine (hoffentlich priorisierte) Impfung von Lehrkräften erfolgt ist, dass regelmäßige Schnelltests für Lehrer*innen, Schüler*innen und weiteres schulisches Personal durchgeführt werden.

Kompensation von Lernrückständen

In fast allen Klassen und Schulformen gibt es Schüler*innen, die durch ein Jahr Pandemie und den damit verbundenen Bildungsausfall extrem ins Hintertreffen geraten sind. Was kann Wiesbaden selber tun, um diese Schüler*innen JETZT aufzufangen? Wie stellen Sie sich die Finanzierung und das Personal vor?

Auch hier ist eine individuelle Festlegung erforderlich. Wir könnten uns folgende Maßnahmen vorstellen:

- Ferienakademien (anstelle der klassischen Ferienbetreuung)
- Individuelle Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schülern
- Einbindung privater Nachhilfeeinstitute
- Einbindung von Lehramtsstudierenden
- Sonderzuweisung an regulären Lehrkräften

Wir sind aber auch der Meinung, dass bei Schüler*innen mit erheblichen Rückständen einzelfallbezogen eine offene und ehrlich Abwägung mit den Eltern erfolgen muss, ob eine Wiederholung des Schuljahres sinnvoll wäre.

Sind Sie bereit, Eltern weiterhin von den Beiträgen für die schulische Betreuung zu entlasten, sofern die Betreuung pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen wurde oder wird? (Aussetzen der Präsenzpflicht bzw. Distanztage im Wechselunterricht)

Klares JA.

Schulische Notbetreuung

Wie stellen Sie sicher, dass sowohl ausreichend Räume als auch ausreichend Personal für die Notbetreuung an Schulen unter Pandemiebedingungen vorhanden sind?

Wiesbaden verfügt über eine Vielzahl von Hotels und Veranstaltungslokationen so dass ausreichende Ausweichflächen für die Schulen zur Verfügung stehen. Diese müssen wo nötig angemietet werden. Das hilft den Schulen und den Kulturbetrieben.

Zur personellen Unterstützung sollte wo möglich auf Studierende (Lehramt, Erzieher und andere verwandte Berufsbilder) zurückgegriffen werden. Wir können uns aber auch gut

vorstellen, dass Beschäftigte aus Kunst- und Kulturbetrieben, die aktuell von Schließungen betroffen sind in der Notbetreuung z.B. in Form von AG's (Schauspiel und andere künstlerische Aktivitäten) u.ä. unterstützen könnten.

Sind Sie bereit die Kosten für zusätzliches Personal und zusätzliche Räumlichkeiten der Notbetreuung an Schulen als Kommune zu übernehmen?
Klares JA.

Bündnis 90/Die Grünen

Grundsätzlich: es kommt darauf an, den Präsenzunterricht so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen. Als Voraussetzung dazu bedarf es regelmäßiger Testung, mindestens jeden Montag und Donnerstag vor der ersten Unterrichtsstunde. Dazu braucht man externe Kräfte. Fachleute sind der Auffassung, dass sich diese Tätigkeit bei guter Anleitung gut erlernen ließe. Deshalb könnten bei Personalmangel auch Freiwillige, z.B. Elternbeiräte, Bundeswehr und andere Dienste unterstützen. In zweiter Linie sehen wir ggf. bei älteren Schüler*innen Selbsttests, wenn diese ausreichend vorhanden sind. All das ist sicher nicht einfach und auch aufwendig, aber besser als noch länger die extrem problematische, derzeitige Situation aufrecht zu erhalten.

Lernrückstände: Wir sind für alles was machbar ist. Auch könnten, ja müssen die kommenden Ferien genutzt werden, um Angebote zu machen. Für viele ist das Schuljahr, besonders in der Mittelstufe, so gut wie verloren. Wichtig wäre es, schnell damit zu beginnen. Auch hier gilt es zu handeln und nicht auf perfekte Lösungen zu warten. Die Finanzierung sollten sich Land und Kommune teilen, wobei die Stadt nicht auf die - womöglich lange auszuhandelnde - Bereitschaft des Landes warten darf. Der Corona-Topf der Stadt muss dazu aufgestockt werden. Es geht um die Zukunft vieler Kinder und Jugendlicher. Schließlich kann man auch die Lufthansa retten.

Betreuung:

Für nichterbrachte Betreuungsleistungen während der Pandemie wurden keine Beiträge erhoben. Dies wollen wir natürlich weiter so handhaben.

Bis die Schulen wieder ‚hochgefahren‘ sind, sollte auch Notbetreuung organisiert werden. Dies kann unter Nutzung der vorhandenen Schulräume geschehen (besonders in Randzeiten), sofern diese nicht für geteilten Unterricht benötigt werden. Darüber hinaus bedarf es ein wenig Kreativität, es sind derzeit viele Räume ungenutzt, z.B. in Bürgerzentren oder Sporteinrichtungen. Auch geeignete private Räumlichkeiten können genutzt werden. Die erforderlichen Kosten, z.B. für vermehrte Reinigung, sollte die Stadt übernehmen.

CDU

Welche weiteren Maßnahmen sollte Ihrer Meinung nach die Kommune ergreifen, um mehr Unterricht in den Schulen zu ermöglichen?

Hinsichtlich der Unterstützung der Digitalisierung an Schulen erlauben wir uns, auf unsere obigen Ausführungen zu verweisen.

Luftfilteranlagen in allen Klassenräumen

Die CDU unterstützt das Vorhaben der Stadt Landeshauptstadt Wiesbaden den Bedarf zu prüfen und die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen bzw. die notwendigen Geräte, bedarfsentsprechende für Klassenräume, die nicht bzw. nicht ausreichend belüftet werden können, anzuschaffen. Dabei werden die Schulträger von der Hessischen Landesregierung bei der Anschaffung moderner Luftreinigungsanlagen, bei der Ertüchtigung von Fenstern und bei der Anschaffung von CO₂-Ampeln, unterstützt. Dafür wurden die Kommunen durch das Land Hessen mit einer Gesamtsumme von 100 Mio. Euro, für die Finanzierung der

Schutzmaßnahmen in Kindertagesstätten und an Schulen sowie beim Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder, unterstützt.

Bei all den Maßnahmen sind die Empfehlungen des Umweltbundesamtes zu berücksichtigen und in die Beschaffungsmaßnahmen konsequent mit einzubeziehen. Nach Auffassung des Umweltbundesamtes ist die Wirksamkeit der mobilen Luftreinigungsgeräte nicht abschließend geklärt, im Hinblick auf die Reduzierung der SARS-CoV-2-Viren, weshalb regelmäßiges Lüften als prioritäre Maßnahme weiterhin eingestuft wird.

*Schnelltests für Lehrer*innen und weiteres schulisches Personal (2mal pro Woche) und Schnelltests für Schüler*innen (2mal pro Woche)*

Die CDU unterstützt das Vorgehen, welches die Landesregierung in dieser Angelegenheit in ihrer sachlichen Kompetenz vorsieht.

Kompensation von Lernrückständen

*In fast allen Klassen und Schulformen gibt es Schüler*innen, die durch ein Jahr Pandemie und den damit verbundenen Bildungsausfall extrem ins Hintertreffen geraten sind. Was kann Wiesbaden selber tun, um diese Schüler*innen JETZT aufzufangen? Wie stellen Sie sich die Finanzierung und das Personal vor?*

- Ferienakademien
- Individuelle Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schülern
- Einbindung privater Nachhilfeinstitute
- Einbindung von Lehramtsstudierenden
- Sonderzuweisung an reguläre Lehrkräfte

Grundsätzlich wird die CDU sich dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden dort unterstützt, wo es möglich ist. Dort, wo eine kommunale Zuständigkeit vorliegt, wird die CDU die Maßnahmen der Landesregierung, die bereits auf einem guten Weg ist, unterstützen. Um den Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Bildungsweg zu ermöglichen, ist es dabei wichtig, die Maßnahmen in den Fokus zu nehmen, die kompensatorische Wirkung entfalten bzw. diese zu erweitern und zu verstärken. Neben den hessenweiten Maßnahmen, müssen in enger Abstimmung mit den zuständigen staatlichen Schulämtern gezielte regionale Fördermaßnahmen vorgehalten werden.

Betreuung

Sind Sie bereit, Eltern weiterhin von den Beiträgen für die schulische Betreuung zu entlasten, sofern die Betreuung pandemiebedingt nicht in Anspruch genommen wurde oder wird? (Aussetzen der Präsenzpflcht bzw. Distanzunterricht im Wechselunterricht)

Die Landeshauptstadt Wiesbaden erstattet bereits die Beiträge für Januar und Februar 2021, wenn das Betreuungsangebot u.a. im Hort, der Kindertagespflege, der betreuenden Grundschulen und der Grundschul Kinderbetreuung (bei städtischen und freien Trägern) nicht wahrgenommen werden konnte. Dies wird von der CDU unterstützt. Die weitere Entwicklung wird in Abhängigkeit von der pandemischen Lage zu betrachten sein.

Schulische Notbetreuung

Der CDU sind aktuell keine Raumproblematiken und Personalproblematiken hinsichtlich der Notbetreuung auf Grund der Pandemielage bekannt. Sofern sich das Thema ergibt, wird die CDU sich dafür einsetzen, dass in Gesprächen Lösungen für die entsprechende Situation gefunden werden.

Grundsätzlich wären folgende Möglichkeiten denkbar:

Nutzung von Räumlichkeiten der Jahrgangsstufen, die im Distanzunterricht sind,

Kooperation mit benachbarten Einrichtungen anderer Träger

Nutzung öffentlicher Gebäude (wie beispielsweise Turnhallen und Gemeindegärten),

Anmietung privatwirtschaftlicher Räumlichkeiten oder
U.U. könnten sich benachbarte Grundschulen zusammenschließen, um so über genügend
Räume zu verfügen.